

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Orgdn des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SW 16
Wusterhausen Str. 15 (Redakteur C. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags - Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Postgebühr) 4 Mk.
mit wöchentl. Beilage „Die Sanitätswart“ 6 Mk.

Die Londoner Sanktionen und die Gewerkschaften.



In der ersten Märzwoche d. J. fand in London die Konferenz zwischen Vertretern Deutschlands und der Entente statt, die die Wiedergutmachungen Deutschlands endgültig festsetzen sollte. Den Pariser Beschlüssen der Entente (siehe „Gew.“ Nr. 6) setzt die deutsche Delegation unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Simons folgende Gegenentwürfe entgegen:

Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind wirtschaftlich und finanziell unerfüllbar. Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenentwürfen bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich bieten würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich bessern wird. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

a) Der Nettwert der von alliierten Seite geforderten 42 Annuitäten (Zahlung in jährlichen Raten D. M.) beträgt bei der Deutschland anerbötene Rückdiskontierung der Annuitäten, mit acht Prozent jährlich, etwas über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in Neuierungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringerer Abzug für die Vorkleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständlicherweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den neuem Wert der Vorkleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorkleistungen von dem oben angegebenen Nettwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland nach zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihe beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den gesamten Betrag oder auch nur seinen größeren Teil in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Schuldbilanzierung anzustreben sein. Zu diesem Zweck schlägt Deutschland vor, eine Anleihe im möglichst großem Umfange, etwa bis zu acht Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Gemischnationen von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinssatz der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1 1/2 Proz. nach fünf Jahren eintreten. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren.

Abgegeben von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Rüstern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag des deutschen Reparations-schuld, der nicht sofort durch die internationale Anleihe oder anderen- weise gedeckt ist, wird mit 5 Proz. verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die oben erwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung vor Zinssinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die

weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene zwölfprozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bewirkt. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

c) Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Titel VIII Abschnitt 1 nebst Anlagen und Teil X des Vertrages von Versailles sind als abgegolten anzusehen. Das gleiche gilt von der Herabgabe des Erlöses für zerstörtes Kriegsggerät (Art. 169) und von der sich aus Teil X ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Zurückhaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Restitution aus Artikel 238d (weggeführte Wertgegenstände usw.). Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzung des Art. 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten gilt, sobald der gesamte zu a festgesetzte Betrag gezahlt ist.

Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge ist: a) daß die Abkündigung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Obereschlesien bei Deutschland verbleiben wird; b) daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Diese Vorschläge wurden in einer besonderen Denkschrift begründet und erläutert. Sie fanden aber bei der Entente keine Gegenliebe. Die deutsche Delegation erhielt vielmehr Auftrag, bis 7. März die Pariser Beschlüsse anzunehmen oder neue Vorschläge vorzulegen, die den Pariser Beschlüssen in der Hauptsache nahekommen. Minister Dr. Simons gab dann am 7. März folgende Erklärung ab:

„Es ist unmöglich, die Pariser Beschlüsse anzunehmen. Angesichts des großen Unterschiedes, der zwischen diesen Beschlüssen und den deutschen Vorschlägen besteht, schlägt die deutsche Delegation trotz größter Bedenken eine vorläufige Lösung der Frage vor Deutschland sei bereit, einer Regelung für die ersten fünf Jahre auf folgender Grundlage zuzustimmen: Feste Annuitäten in Höhe der Pariser Beschlüsse, und für die 12prozentige Ausfuhrabgabe, die uns nicht zweckmäßig erscheint, ein Äquivalent. Voraussetzung für dieses Angebot sei, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe und Deutschland volle Handelsfreiheit erhalte. Ob jetzt schon ein Vorschlag gemacht werden sollte, liegt in der Hand der Alliierten. Falls sie darauf einmühen, würde die deutsche Regierung mit Sachverständigen die Einzelheiten ausarbeiten und möglichst bald in Beratung über den Gesamtplan der Reparations-schuld eintreten. Sollten die Alliierten aber auf einem sofortigen definitiven Angebot bestehen, so sei die Delegation auch dazu bereit. Doch müsse er, Dr. Simons, um eine Woche Frist bitten, um die Sache mit dem Kabinett zu besprechen.“

Auch dieser Vorschlag wurde von der Entente verworfen und sofortige Anwendung der sogenannten Sanktionen angeordnet. Schon

am nächsten Tage befehlen englische, französische und belgische Truppen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort nebst den dazu gehörigen Bocorten. Inzwischen ist die Entente eifrig an der Arbeit, das Rheinland durch eine Zollgrenze vom Reich abzuschneiden und die Pariser Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Schon vorher konnte man auf die Unzugänglichkeit der Entente gefaßt sein, nachdem Lloyd George dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) auf sein Telegramm (siehe „Gew.“ Nr. 9) die Antwort erteilte,

daß er überrascht sei, diesen Protest zu erhalten. Er könne sich durchaus nicht erinnern, daß während des Krieges, im Augenblick, wo die imperialistische deutsche Regierung am Werke war, zu plündern, die holländischen Gewerkschaften einen Protest erhoben hätten. Ebenfalls sei ihm bewußt, daß die Arbeiter Hollands gegen die Verschönerung französischer und belgischer Arbeiter, die in Deutschland hätten Sklavenarbeit verrichten müssen, protestiert haben. Soweit es Lloyd George verstehen könne, hätte der gegenwärtige Protest der holländischen Gewerkschaften keinen anderen Zweck, wie auf die arbeitenden Klassen Frankreichs und Belgiens nicht nur die Kriegskosten, sondern auch jene der Wiederherstellung der Schäden, die während der Hohenzollernherrschaft durch den Krieg hervorgerufen worden seien, abzuwälzen. Es sei nur gerecht, daß die Urheber des Krieges, deren Länder vollkommen unberührt vom Schrecken des Krieges geblieben seien, für alle diese Folgen aufkommen und die Kosten der Wiederherstellung der zerstörten Länder tragen.

Diese Antwort ist nichts anderes als Demagogie. Lloyd George weiß sehr gut, daß die holländischen Gewerkschaften nicht die Gewerkschaftsinternationale, sondern nur ein Teil von ihr sind, und die gegen sie erhobenen Beschuldigungen falsch sind. — In der W.R. nimmt Richard Woldt zu dem Ausgang der Londoner Konferenz folgendermaßen Stellung:

„Das Londoner Diktat hat einen großen Fehler. Von welcher Seite man die Dinge auch immer betrachtet, die Antwort muß widerspruchsvoll lauten. Daß der Weltkrieg in seinen treibenden Momenten ein Wirtschaftskrieg der Völker um die Futterkrippe auf dem Weltmarkt gewesen ist, dürften jetzt eigentlich auch die ärgsten Radikalen und Pazifisten endlich einsehen. Wenn im Reichstag in einer der letzten Sitzungen, als die ersten offiziellen Mitteilungen aus London bekanntgegeben wurden, sich unsere Linksradikalen sehr wild und wüst in ihren Anklagen gegen den deutschen Imperialismus geäußert haben, so war das nicht nur außenpolitisch von ungeheurer gefährlicher Wirkung, sondern die ganze politische Beschränktheit dieser Zeitgenossen kam darin zum Ausdruck. So leicht ist eben die Situation nicht auf eine bequeme Agitationsformel zu bringen, daß man nur den deutschen Imperialismus und die deutsche Reaktion allein als Schuldigen hinstellen kann. Die furchtbare Konsequenz muß vielmehr begriffen werden, wie hier der internationale Kapitalismus in seinen imperialistischen Tendenzen sich auswirken konnte.“

Man sollte es dem deutschen Arbeiter überlassen und deutsche Sozialisten sollten Selbstvertrauen genug besitzen, mit unserem deutschen Kapitalismus selbst fertig zu werden. Die Weltgefahr liegt jetzt in dem Entente-Imperialismus, der nun aus den Siegerstimmungen der militärischen Entscheidungen des Weltkrieges heraus Deutschland als wirtschaftliches Sklavenvolk sich tributpflichtig machen will. Gewiß hat die Wilhelminische Regierung mit der Unfähigkeit ihrer Diplomatie die Konflikte nicht meistern können und die chauvinistischen Strömungen in Deutschland haben mit zur Katastrophe des Krieges geführt. Aber der treibende Faktor ist doch das Bestreben gewesen, Deutschland, diesen ungleichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, niederzuschlagen.

Wir haben nun den Krieg verloren, wir liegen am Boden und nun entsteht nach dem Sieg über Deutschland die schwierige Frage, wieviel Lebenskraft Deutschland behalten soll und behaltend, damit es seinen Verpflichtungen nachkommen kann.

Die Entente-Diplomaten befinden sich in einer Zwangslage. Vor ihren Parlamenten dürfen sie nicht mit leeren Händen erscheinen. Denn die chauvinistische Presse hat in einem jeden Lande der Siegerstaaten eine Volksstimmung erzeugt, von der wir auch nicht verschont geblieben wären, hätten wir den Krieg gewonnen. „Das deutsche Volk muß zahlen“, verkünden die französischen Hefblätter jeden Tag ihren Lesern, wir haben ja aus diesen Presseäußerungen der letzten Tage erleben können, nach welcher planvollen Methode die öffentliche Meinung in Frankreich hier zu orientieren versucht wurde. Selbst in England, wo man ein wenig nüchtern denkt, haben die wirklichen Wirtschaftskenner Mühe genug, sich gegen die Stimmen der englischen Chauvinisten mit dem Hinweis durchzusetzen, daß auch das Zahlen des deutschen Sklavenvolkes eine bestimmte Grenze hat.

Darin liegt ja gerade der Widerspruch der Londoner Rechnung, daß alle politischen Hoffnungen, Wünsche und Gefühle der Entente-Chauvinisten ihre Grenzen finden müssen in bestimmten wirtschaftlichen Tatsachen.

Wir dürfen im Interesse der Entente nicht unter ein gewisses Existenzminimum zurücksinken, damit wir noch imstande sind, als Sklavenvolk die notwendigen Frondienste zu leisten. Aber zugleich dürfen wir auch nicht über ein bestimmtes Maximum hinauswachsen, damit wir auf dem Weltmarkt als Konkurrenzmacht nicht zu gefährlich werden.

Was wird nun geschehen, wenn es bei den unmöglichen Bedingungen bleiben sollte? Die Besetzung der Industriestädte bleibt für die Entente eine gefährliche Zwangsmaßnahme. Die Entente ist nämlich gezwungen, indem sie aus unseren deutschen Arbeitern erhöhte Leistungen herauszohlen will, in ihre eigenen Länder wirtschaftliche Störungen hineinzutreiben. Wir sollen ungeheuren Verpflichtungen nachkommen. Diese Leistungen, die man von uns verlangt, können nur in dem Export unserer Arbeit bestehen. Die Produktionsmaschine in Deutschland muß bis zu dem höchsten Ertrag angetrieben werden, der Weltmarkt wird mit deutschen Fabrikaten überflutet, und damit entstehen große Gefahren besonders für die Entente-Länder, denen wir durch unsere Ausfuhr ihre eigenen Absatzgebiete bedrohen.

Schon heute zeigt sich diese Gefahr für den Bergbau. Nach vorsichtigen Berechnungen haben wir zu erwarten, daß wir nach nicht längerer Zeit in einem Kohlenüberfluß auf dem Weltmarkt erfinden. Die deutschen Bergarbeiter werden angetrieben, um die Kohlenverpflichtungen von Spa zu erfüllen, die deutsche Kohlenproduktion in die Höhe zu treiben. Die französischen Bergwerke werden wieder langsam in Betrieb gesetzt. Der englische Bergbau steht jetzt schon vor einer schweren Arbeitslosigkeit. Schon zeigt sich hier die Zukunft grau in grau. Ueberträgt man dieses Beispiel auf die Gebiete der Fertigungsindustrie, auf die riesenhafte Steigerung der Produktion im Maschinenbau, in der Textilindustrie, in der chemischen Großindustrie und in allen anderen wichtigen Zweigen der Fertigungsindustrie, so ist damit zu rechnen, daß nach diesem Rezept, wie man es gegenwärtig in London zusammengestellt hat, unter Führung der Entente wir in Deutschland unsere Arbeiterschaft voll beschäftigen müssen, in riesenhafte Mengen aber deutsche Produkte auf den Weltmarkt hinauszugewarten werden und statt Segen nur den Völkern diese Siegesbeute zum Unheil gereichen muß.

Hinter diesen Plänen von Lloyd George und den französischen Beutepolitikern erhebt sich drohend die Arbeiterfrage. Es ist undenkbar, daß die Arbeiterschaft in England und Frankreich, so nur von diesen beiden Ländern zu reden, sich eine solche Besinnungspolitik gefallen lassen können. Sie wirt ihren eigenen unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen entgegen. Wir sind gewiß nicht optimistisch genug, um einen zu großen Wunderglauben für die Arbeiterinternationale zu hegen. Politisch haben sich wenigstens manche Hoffnungen als verfehlt erwiesen. Aber hier wird für die wirtschaftliche Internationale der Arbeiter das gemeinsame wirtschaftliche Interesse des Proletariats sich durchsetzen müssen. Es ist einfach auf die Dauer unmöglich, daß sich etwa die englischen Arbeiter von ihrem englischen Kapitalismus eine Politik gefallen lassen können, die im eigenen Lande nur wirtschaftliche Verheerungen anrichtet.

Es mag schwer sein, in der jetzigen trostlosen Lage den Arbeitern eine ruhige und besonnene Haltung zu predigen. Aber es ist notwendig, daß wir gerade jetzt die Besonnenheit nicht verlieren. Im eigenen Lande haben wir weiter dafür zu sorgen, daß die außenpolitisch gefährlichen Kräfte unserer Reaktion von der deutschen Arbeiterschaft selbst niedergehalten und überwunden werden. Wir haben aber diesen Fehler in der Londoner Rechnung klar zu erkennen, daß die Arbeiterschaft der anderen Länder gezwungen ist, sich wirtschaftlich dagegen zu wehren. Diese Entwicklung muß sich umgekehrt ablaufen. Wir hoffen von der Disziplin der deutschen Arbeiterklasse, auch in den Industriestädten, die jetzt durch die Besetzung heimgeführt werden, daß sie sich zu Unbesonnenheiten nicht hinreißen läßt. Die Wirtschaft läßt sich auch hier nicht durch kurzfristige Gewaltmaßnahmen bezwingen und die Entwicklung wird für uns arbeiten.“

Wir können diesen Ausführungen nur zustimmen. Bemerkenswert machen wir aber, daß die englischen Arbeiter zum großen Teil die Gefahren der Paris-Londoner Gewaltpolitik bereits erkennen und sich dagegen wehren. Und die französischen Gewerkschaften unter Führung des wackeren Jouhaux hat bereits folgende Rundgebung dem Internationalen Gewerkschaftsbund überandt:

„Der Vorstand der G.O.L. hat den Protest der Arbeiterorganisationen Deutschlands gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz, der ihm durch Vermittlung des I.C.O. zugegangen ist, zur Kenntnis genommen. Die französische Arbeiterorganisation erklärt in Verantwortung dieses Protestes, daß sie sich keineswegs mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung solidarisch erklärt. Die Beschlüsse, Veröffentlichungen, alle Handlungen des Allgemeinen Arbeitsverbandes beweisen, daß er alles mißbilligt, was die Verfassung eines Volkes zur Folge haben könnte. Ebenso wie der Arbeitsverband gegen die Verordnungen der militärischen Besetzung Stellung genommen und seiner Auffassung in diesem Punkte in unabweisbarer Weise Ausdruck verliehen hat, ebenso mißbilligt er jede Politik der Vergewaltigung und Unterdrückung und erklärt sie als eine Gefahr für alle Völker und als ein Hindernis für den Befreiungskampf der Arbeiter. Die Auffassungen der französischen Gewerkschaftsbewegung sind den Vertretern der deutschen Organisation bereits wiederholt dargelegt worden. Was die Wiedergutmachung betrifft — deren Pflichtberechtigung von den deutschen Gewerkschaftsorganisationen anerkannt wurde —, so waren diese bereits Gegenstand eines gemeinsamen Communiqués, das von den beiden Zentralen im November vorigen Jahres in Berlin redigiert wurde. Der Allgemeine Arbeitsverband erklärt aus demselben, daß diese Wiedergutmachungen, wie überhaupt die ganze durch den Krieg geschaffene Lage, Gegenstand der Verständigung zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder sein muß und nicht einer Politik des Hasses dienen darf, sondern der Annäherung und engen Zusammenarbeit der Völker. An dieser Zusammenarbeit müssen die Arbeiterorganisationen hervorragenden Anteil nehmen, denn nur die in der gewerkschaftlichen Internationale vereinigten Organisationen, die dort ihre Kräfte sammelt, haben, sind einzig imstande, den Kampf zu führen gegen den Egoismus der Nationalisten und die engbrüstige Politik ihrer Regierungen. Nichts vermochte diese Ansicht zu ändern, und nichts wird sie ändern können. Die französischen Arbeiter sind wie bisher bereit, die Kameraden Deutschlands zu unterstützen, und sie weisen alle Versuche zurück, ihnen — und dies im Widerspruch mit den Verträgen selbst — eine unerträgliche Last aufzuliegen. Sie erklären sich heute wie ebendem zu gemeinsamem Handeln mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bereit, um die Annahme des von beiden Zentralen vereinbarten Programms von der Regierung der beiden Länder zu erwirken. — Wir bitten Sie, diese Antwort der deutschen Zentralen zur Kenntnis zu bringen.“

Wir freuen uns, daß diese Solidaritätserklärung gerade aus Frankreich kommt, wo die unersöhnlichsten Gegner Deutschlands sitzen. Hoffentlich erleben wir bald ähnliche Kundgebungen der Gewerkschaften aller übrigen Entente-Länder. Die Wiedergutmachungsfrage berührt die Arbeiter in allen Ländern, die am Krieg beteiligt waren, in erster Linie. Die Gewerkschaften als die Interessenvertretungen der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete, müssen daher den Dingen fortwährend ihre schärfste Aufmerksamkeit widmen. Kein Augenblick darf versäumt werden, handelnd einzugreifen, um das Wohl der Arbeiter zu wahren.

Internationale Gewerkschaftssolidarität ist heute mehr denn je notwendig!

Das Existenzminimum im Februar 1921.

Die Kosten des Existenzminimums waren im Februar 1921 etwas niedriger als im Vormonat, aber um rund ein Fünftel höher als im Februar 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine und Bricketts 4mal soviel, Zucker 15mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Februar 1920 bis Februar 1921 stieg der Preis für 1 Pfund Brot von 3 Pf. auf 1,18 Mk., Kartoffeln von 25 Pf. auf 55 Pf., Zucker von 1,40 Mk. auf 3,80 Mk. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Februar 1914 bis Februar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den vier Wochen vom 31. Januar bis zum 27. Februar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Febr. 1921	Febr. 1914
7000 Gramm Brot	1800 Pf.	185 Pf.
600 „ Weizenmehl	570 „	24 „
125 „ Feiswaren	200 „	10 „
1000 „ Fleisch u. Speck	2228 „	176 „
700 „ Zucker	532 „	85 „
Zusammen	5325 Pf.	428 Pf.

Die gleichen rationierten Mengen, für die man jetzt 53,25 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,28 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6600 Kalorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von etwa 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das

Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 bis 6600 = 4600 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Mk., für eine Frau auf 37 Mk., für einen Mann auf 51 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Februar 1914 für ein Kind 1,65 Mk., für eine Frau 2,61 Mk., für einen Mann 3,60 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angegeben: Kind 1,755 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

Rationierte Nahrungsmittel	Preis Febr. 1921		Febr. 1914
	1891 Pf.	107 Pf.	
8000 Gramm Kartoffeln	830	15	
250 „ Graupen	140	10	
250 „ Haferflocken	180	18	
125 „ Margarine	288	20	
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	2269 Pf.	165 Pf.	
1500 Gramm Kartoffeln	165	8	
250 „ Roggenmehl	218	7	
250 „ Haferflocken	180	18	
1250 „ Gemüse	188	18	
500 „ Speisebohnen	250	22	
125 „ Margarine	288	20	
125 „ Marmelade	118	8	
Zusammen für eine Frau	8866 Pf.	261 Pf.	
8750 Gramm Gemüse	412	20	
250 „ Erbsen	150	10	
125 „ Margarine	288	20	
500 „ Reis	425	22	
125 „ Marmelade	118	8	
Zusammen für einen Mann	6054 Pf.	860 Pf.	

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Bricketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 16,10 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 7,50 Mk. (0,75 Mk.). Für Bettelbedingung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleibern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 30 Mk. (2,50 Mk.), Frau 20 Mk. (1,65 Mk.), Kind 10 Mk. (0,85 Mk.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/4 (1913/14: 1/4) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	51,- Mk.	87,- Mk.	183,- Mk.
Wohnung	9,- „	9,- „	9,- „
Heizung, Beleuchtung	24,- „	24,- „	24,- „
Kleidung	80,- „	50,- „	70,- „
Sonstiges	87,- „	58,- „	78,- „
Februar 1921	151,- Mk.	226,- Mk.	314,- Mk.
Januar 1921	155,- „	234,- „	323,- „
Dezember 1920	158,- „	238,- „	330,- „
Februar 1920	129,- „	190,- „	254,- „
Aug. 1913-Juli 1914	16,75	22,80	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mann bestverdienst im Februar 1921 für einen alleinstehenden Mann 25 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 38 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 52 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7900 Mk., für das kinderlose Ehepaar 11 800 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 350 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Februar 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 151 Mk., d. h. auf das 9,0fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,80 Mk. auf 226 Mk., d. h. auf das 10,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 314 Mk., d. h. auf das 10,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 10 Pf. wert.

Die Ungleichheit ist die Quelle aller Revolutionen; denn die Ungleichheit kann durch nichts erträglich gemacht werden. Aristoteles.

Topf der verschiedenartigen Behandlung privater und öffentlicher Betriebe sitzt den Gesetzgebern allzusehr im Nacken. Die Ehre der Revolution hat leider nicht überall ihre Wirkung ausgeübt.

Die Entsendung der Betriebsräte gemäß § 70 in die Verwaltungsorgane der öffentlichen Betriebe muß aus gleichen Voraussetzungen heraus, wie solche für die Großbetriebe der Privatindustrie in Frage kommen, gefordert werden. Hier wie dort ist die maßgebende und ausschlaggebende Stelle im Produktions- oder Verwaltungsprozeß nicht der Beauftragte des Arbeitgebers im Betrieb (der Direktor, Proturist, Inspektor usw.), sondern die Verwaltungskörperschaft. Hier erst können die Aufgaben der Betriebsräte aus § 66 Abs. 1 und 2 und § 71 usw. voll und ganz erfüllt werden.

Eine Anzahl Stadtverwaltungen haben deshalb dem Antrag unserer Betriebsräte Rechnung getragen und eine analoge Anwendung des § 70 auch auf Gemeindebetriebe ermöglicht. Damit ist etwas gewährt worden, was wir schon vor 1914 beispielsweise in Berlin durchgeführt haben. Zu der Zeit schon hatte man den Vorsitzenden des Arbeiterausschusses in der Partverwaltung zur Beratung von Arbeiterfragen in die Verwaltungsdeputation, freilich nur mit beratender Stimme, zugelassen.

Eine von uns Ende 1920 veranstaltete Umfrage ging dahin, zu erfahren, ob den Betriebsräten (in ähnlicher Weise wie im § 70 BRG vorgesehen) eine Mitwirkung in den Verwaltungsdeputationen, den Kommissionen, in den Gemeindeverwaltungen oder den Staatsverwaltungen bei allen Wirtschafts- und Arbeiterfragen zugestanden wird. Leider haben von 731 befragten Fiskalen diese Frage nur 268 beantwortet oder beantwortet können, und zwar 56 mit Ja, 212 mit Nein. Um nun eine Klärung im einzelnen zu erzielen, sandten wir den 56 Fiskalen einen neuen Fragebogen zu. Den Erfolg dieser Arbeit bringt die nebenstehende Tabelle zum Ausdruck.

Der Erfolg ist mager. Bedingt ist dies dadurch, daß die Gemeindeverwaltungen sich allzusehr als Arbeitgeber alten Stils gebärden. Nur was die Paragraphen zwangsweise vorschreiben, wird zur Not durchgeführt. Soziales Verständnis, Gefühl für Gerechtigkeit und Billigkeit, das zu einer analogen Anwendung des § 70 auch für Gemeindebetriebe führen könnte, ist den Herren fremd. Ein klassisches Beispiel bietet nachfolgender Beispi:

An den Gesamtbetriebsrat Dschag.

Mit der Eingabe vom 18. August 1920 über die Zugelung des Gesamtbetriebsrats zu Rats- und Ausschüßungen haben wir uns beschäftigt und ein Gutachten des Arbeitgeberverbandes beigezogen. Als Ergebnis teilen wir folgendes mit: Die Forderung nach Sitz und Stimme ist unberechtigt und im Betriebsrätegesetz nicht begründet. Die durch die §§ 67 und 71 des Betriebsrätegesetzes begründeten Rechte bzw. Pflichten machen überdies die Teilnahme an den Sitzungen überflüssig, denn der Unternehmer muß schon jetzt durch Berichte und sonstige Aufklärungen die erforderlichen Auskünfte geben und Anregungen der Arbeitnehmer entgegennehmen. Vor allem steht aber der Gewährung von Sitz und Stimme an die Betriebsräte entgegen, daß damit den Bestimmungen über die Zusammensetzung des Rats, des Stadtordnungscollegiums und der Ausschüße zumiderhandelt würde, die nirgends die Mitwirkung von nicht von den Stadtordnungen bzw. dem Rat gewählten Personen vorsehen. Dem steht natürlich nicht entgegen, daß die Ausschüße bei besonders die Arbeiter der Werke oder sonstige Betriebsfragen betreffenden Sitzungen die Mitglieder der Einzelbetriebsräte zur Teilnahme ohne Stimmrecht auffordern, wie das bereits verschiedentlich geschehen ist. Ebenso kann der Gesamtbetriebsrat zugezogen werden, wenn gemeinsame Angelegenheiten mehrerer Einzelbetriebe oder Angelegenheiten der gesamten Betriebe behandelt werden, für die er nach § 61 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes zuständig ist. Der Stadtrat.

Dazu wäre zu bemerken, daß den Arbeitern auch bekannt ist, daß in der aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Städteordnung nicht Bezug genommen werden konnte auf ein nach der Revolution 1918 erlassenes Betriebsrätegesetz. „Die große Gnade“, die den Betriebsräten erwiesen wird, daß sie zur Teilnahme an den Sitzungen der Verwaltungsausschüße ohne Stimmrecht aufgefordert werden können, ist von den Betriebsräten „natürlich nur dankbar anzuerkennen“. Um so mehr, als dieses Recht in der Städteordnung auch nicht vorgesehen ist.

Es gilt nun, das vorgegebene Buchstabenrecht auszubauen in ein wirkliches Mitbestimmungsrecht. Hierzu ist erforderlich die unbedingte Einigkeit im Handeln. Nur wenn wir die Einigkeit aller in öffentlichen Betrieben tätigen Kollegen schaffen und dauernd erhalten, werden wir das gesteckte Ziel erreichen. Die vorhandenen Kampf- und Machtmittel werden zur vollen Auswirkung aber nur gelangen, wenn die Selbsterziehung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiete nicht auch noch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen wird.

P. Sch.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politisches.

Das Resultat der Deutscherwahlen am 20. Februar. Nach den endgültigen amtlichen Errechnungen des Landeswahlleiters sind bei den Landtagswahlen auf die einzelnen Parteien folgende gültige Stimmen entfallen: Sozialdemokratische Partei 4 294 071, Deutschnationale Volkspartei 2 957 309, Zentrumspartei 2 810 577, Deutsche Volkspartei 2 318 185, Vereinigte Kommunistische Partei 1 211 741, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 1 075 344, Deutsche Demokratische Partei 1 012 759, Deutsch-Hannoversche Partei 438 219, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes 192 592, Christliche Volkspartei 14 140, Polnische Partei 12 081, Schleswigischer Verein 4720, Fraktionslose Partei 988, Christlich-Soziale Volkspartei 982. Danach entfallen: Auf die Mehrheitssozialisten 97 Abgeordnete aus den Wahlkreisen, 6 durch Verrechnung aus den Wahlkreisverbänden, 4 durch Verrechnung aus der Landeswahlliste und 7 Abgeordnete aus Ober-Schlesien, zusammen also 114 (gegen 145 bisher); auf die Deutschnationale Volkspartei 63 und 1 und 10 und 1 gleich 75 (gegen 48); auf die Zentrumspartei 64 und 3 und 3 und 11 gleich 81 (gegen 89); auf die Deutsche Volkspartei 48 und 4 und 6 gleich 58 (gegen 23); auf die Vereinigten Kommunisten 19 und 7 und 4 und 1 (als Unabhängiger in Oberschlesien gewählt, jetzt Mitglied der K.P.D.) gleich 31; auf die Unabhängigen 18 und 4 und 5 und 1 gleich 28 (gegen 24); auf die Demokraten 14 und 7 und 4 und 1 gleich 26 (gegen 65); auf die Deutsch-Hannoversche Partei 9 und 1 und 1 gleich 11 (gegen 8); auf die Wirtschaftspartei 1 und 1 und 2 gleich 4 Abgeordnete. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt also 428 (gegen 402 in der Landesversammlung).

Die Lohnsteuer. Der Reichstag beschäftigt sich seit einiger Zeit mit einer Novelle zum Einkommensteuergesetz, die wesentliche Erleichterungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte gegenüber dem bestehenden Gesetz bringt. Im Nachstehenden folgen wir den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Reil, der in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 10. März u. a. schreibt:

Nach dem geltenden Recht unterliegt das Lohn- und Gehalts-einkommen genau wie jedes andere Einkommen der Veranlagung. Arbeiter und Beamte müssen wie andere Steuerpflichtige am Schluß des Steuerjahres eine Erklärung über die Höhe des Einkommens und der gesetzlich zulässigen Abzüge abgeben. Die Steuerbehörde prüft diese Erklärung nach, vergleicht sie mit der vom Arbeitgeber eingeforderten Lohn- und Gehaltsliste, berechnet die Steuer nach dem Tarif, der für die ersten 1000 Mk. steuerpflichtigen Einkommens 10 Proz. für jede weitere 1000 Mk. 1 Proz. mehr (mit verlangsamter Steigerung von 15 000 Mk. an) vorsteht und stellt dem Steuerpflichtigen den Steueranforderungszettel zu. Der steuerpflichtige Arbeiter oder Beamte läßt sich, wenn er die Steuer zahlt, auf Grund der getriebenen Steuermarken oder der vom Arbeitgeber ausgestellten Quittung, die bereits abgezogenen Beiträge anrechnen. Sind diese Beträge höher als die Steuerschuld, so hat er Anspruch auf Zurückerstattung der zuviel abgezogenen Summe, sind sie niedriger, so muß er den Fehlbetrag nachzahlen. Praktisch erprobt sind diese Bestimmungen noch nicht. Man ist sich aber klar darüber, daß jeder Versuch, sie wörtlich durchzuführen, scheitern würde an der Unmöglichkeit, den erheblichen Fehlbetrag, der sich bei der großen Mehrzahl der Arbeiter und Beamten ergeben würde, einzutreiben. Waren die Steuerföge für die kleinen Einkommen schon zur Zeit der Beratung des Gesetzes übermäßig hoch, so sind sie durch die inzwischen eingetretene weitere Anschwellung der Lohn- und Gehaltsbezüge (mit geringerer Kaufkraft!) völlig unerträglich geworden, und die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ist völlig außerstande, größere Restbeträge nachzuzahlen. Einmal aus diesem Grunde, zum anderen auch, um die Steuerbehörden von einem großen Teil des Veranlagungsgeschäfts zu befreien, soll nun die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen so gestaltet werden, daß bis zur Einkommensgrenze von 24 000 Mk. die ganze Steuerpflicht durch den Abzug ausgedeckt gilt. Der Steuerföge soll für alle Einkommen bis 24 000 Mk. gleichmäßig 10 Proz. betragen, die progressive Steigerung soll erst von diesem Einkommen an aufwärts in großen Stufen rasch ansteigen, um bei Einkommen von 100 000 Mk. an nahezu wieder die gleiche Wirkung zu erreichen, wie der Tarif des geltenden Gesetzes. An die Stelle des sogenannten steuerfreien Einkommensanteils von 1500 Mk. für den Steuerpflichtigen selbst und 500 Mk. für jeden Haushaltsangehörigen soll ein Abzug von 120 Mk. an der Steuer für den Steuerpflichtigen und jeden Haushaltsangehörigen treten. Die Erfüllung der Steuerpflicht soll geschehen durch den zehnprozentigen Abzug am Lohn oder Gehalt. Jede Veranlagung der Lohn- und Gehaltseinkommen von weniger als 24 000 Mk. soll unterbleiben, wenn der Steuerpflichtige nicht zugleich Einkommen aus anderen Quellen in nennenswerter Höhe hat. Die Steuerbehörde wird entlastet von dieser großen Arbeit. Nachforderungen an die Lohn- und Gehaltsempfänger sind ausgeschlossen. Gegenstandslos würde auch die Besteuerung des steuerfreien Einkommens-

teils, die den Gemeinden überlassen ist. Die hierfür bereits getroffenen landesgesetzlichen Vorschriften und gestakten Gemeindebeschlüsse wären wieder aufzuheben, den Gemeinden aber müßte ein Ersatz für die ihnen entgehende Einnahme vom Reich gewährt werden. Die Wirkung des neuen Vorschlags ergibt sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Steuerlast nach dem geltenden Gesetz und dem neuen Vorschlag:

Steuerbares Einkommen	Zunngeselle		Bezahlter Steuerpflichtiger mit			
	Gesetz	Vorschlag	3 Kindern		5 Kindern	
			Gesetz	Vorschlag	Gesetz	Vorschlag
10 000 Mk.	1 170	880	785	400	400	40
15 000 "	2 195	1 880	1 755	900	1 450	540
20 000 "	3 440	1 880	2 925	1 400	2 550	1 040
25 000 "	4 815	2 480	4 250	2 000	3 840	1 640
50 000 "	18 060	9 980	12 840	9 500	11 800	9 140
100 000 "	53 625	23 480	32 725	22 000	32 050	21 640

Um weitere Erleichterungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger zu erringen, machte der Abgeordnete Reil (S.P.D.) im Steuerauschuß des Reichstags folgende Ausführungen: Nachdem die Spekulationsgewinne für steuerfrei erklärt, für die außerordentlichen Einnahmen der Steuerjahre von 10 Proz. beschlossen und für die Rücklagen der Waffstab der Goldmark zugrunde gelegt sei zu dem ausgesprochenen Zweck, jedes Zehren an der Vermögenssubstanz zu verhindern, müsse auch bei den Lohn- und Gehaltsempfängern die Vermögenssubstanz, das sei die Arbeitskraft, geschützt werden. Das führe dazu, nicht nur einen kleinen Bruchteil am Lohn oder an der Steuer abzugeben, sondern das Einkommen bis zu einer Untergrenze überhaupt steuerfrei zu lassen. Er regte an, diese Grenze für einen Steuerpflichtigen mit 3 Kindern bei 15 000 Mk. zu ziehen. Bei Einkommen, die über diese Grenze hinausgehen und steuerpflichtig seien, müsse ein Abzug von 200 bis 240 Mk. an der Steuer statt der vorgeschlagenen 120 Mk. gemacht werden. Dieser Abzug habe aber wegzufallen bei Einkommen von mehr als 50 000 Mk. Ferner müsse als Ausgleich für die Werbungskosten, die beim Lohnsteuersystem im Einzelfall nicht abgezogen werden könnten, im allgemeinen ein Abzug von etwa 1500 Mk. am Einkommen oder 150 Mk. an der Steuer gestattet werden. Da die Neuerung der Lohn- und Gehaltsbesteuerung mit Rückwirkung für das Jahr 1920 beschlossen solle, empfehle sich auch das kräfte-raubende Geschäft der Einzelveranlagung der Lohn- und Gehaltseinkommen für das Jahr 1920 nicht. Man sollte die Beamten lieber zur Durchführung des Reichsnotopfers und der Vermögenswachststeuer verwenden. Staatssekretär Japp hielt die Veranlagung für das Jahr 1920 für dringend geboten. Dr. Herz (U.S.P.) unterstützte und erweiterte die Vorschläge Reils. Schließlich wurden die Anträge beider sozialdemokratischen Parteien von den bürgerlichen abgelehnt und die Anträge der Regierungsparteien angenommen, mit der Erklärung, daß sie ihre Anträge in der zweiten Lesung einbringen würden. Mit einiger Besorgnis wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien die Erklärung des Abgeordneten Reil, der sich Herz für die Unabhängigen anschloß, entgegengenommen, daß die Abschöpfung der Einkommensteuer im Plenum von der sozialdemokratischen Fraktion mit allen Kräften zu verhindern versucht werden würde. Die sozialdemokratischen Anträge werden in der zweiten Lesung erneut gestellt werden. Hoffentlich gelingt es, sie im Plenum zur Annahme und somit in das Gesetz einzubringen.

Der Jahreslauf bei den Landstraßenwärtern.

Heller Frühlingssonnenschein leuchtet über Feld und Flur. An Gräsern und Halmen glitzern ungezählte Tauropfen. Sobald wir das Dorf verlassen leuchtet uns die Landstraße mit blühenden Obstbäumen, auf Wiesen und Flur die ersten blühenden Blumen entgegen. Tausende von Fabrikarbeitern und Großstadtbewohnern sehnen sich in dieser Jahreszeit hinaus in die lachende Natur. Hier ist das Arbeitsfeld der Landstraßenwärter. Baum-schneiden machen, Sommerwege behacken, wech angenehme Tätigkeit im lachenden Lenz. Ringsum Lerchengesang, summende Insekten und blühende Bäume und Blumen. Ja, die Landstraßenwärter sind in dieser Zeit wirklich zu beneiden. Doch wie lange?

Mit fortschreitender Jahreszeit ändert sich das Bild. Glühender Sonnenbrand erhit die dicke Staubschicht auf der Chaussee. Ost 4 Uhr morgens schon verläßt der Landstraßenwärter seine Wohnung. Viele Kilometer von seiner eigenen Warte entfernt ist ein Neubau. Dort gibt es viel Arbeit. Die Wärrer eines ganzen Bezirks werden zusammengezogen. So mancher wohnt da 15 bis 20 Kilometer und noch weiter entfernt von der Arbeitsstelle. Es heißt aber pünktlich zur Stelle sein. Die Arbeit dort ist Akkordarbeit. Steine aufsetzen und schlagen. Wer etwas verdienen will, darf am Tage den Rücken nicht gerade machen. Es gibt keinen Schutz vor der senkrecht herniederbrennenden Sonne.

Genossenschaftliches.

Die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. kann für das Jahr 1920 über eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung berichten. Ein Vergleich mit dem Jahre 1919 zeigt folgendes Ergebnis: Gesamtwarenumsatz 1920: 1 351 224 882,11 Mk. (1919: 352 698 074,81 Mk.). Ergibt einen Mehrumsatz für 1920 von 998 526 307,30 Mk. Das bedeutet eine Steigerung um 283,11 Proz. In den Gesamtwarenumsatz von 1 Milliarde und 351 Millionen Mark sind die in eigenen Fabrikbetrieben der Großverkaufsgesellschaft hergestellten Warenwerte eingeschlossen. Auch hier zeigt sich eine beachtenswerte Steigerung. Bei den in den eigenen Fabriken erzeugten Waren betrug der Umsatzertrag 1920: 186 882 896,65 Mk., 1919: 48 494 848,30 Mk., demnach Mehrumsatz 1920: 138 388 048,35 Mark. Es ergibt sich also eine Steigerung um 285,37 Proz. Auch die Bankabteilung berichtet über eine rege Entwicklung. Es betrug der Umsatz auf Girokonten 1920: 1 754 282 151,98 Mk., 1919: 585 906 395,16 Mk., also Mehrumsatz 1920: 1 168 375 756,82 Mk. Das bedeutet eine Steigerung um 199,41 Proz. Diese nicht zu unterschätzenden Erfolge des organisierten Konsums können noch wesentlich erhöht werden durch die Ausdehnung der genossenschaftlichen Eigenproduktion. Ein verheißungsvoller Anfang ist bereits gemacht mit der Schaffung von 18 Eigenbetrieben und 8 Inlandslagern, denen in Kürze weitere größere Unternehmungen folgen sollen. Der Neuerrichtung bzw. dem Ausbau bestehender Eigenbetriebe sollen jene Mittel dienen, die durch Auflegung einer neuen Obligationen anleihe, die mit 5 1/2 Proz. verzinst wird, an- gemorben werden.

Soziale Genossenschaftsleistungen. In dem Kinderheim der Hamburger „Produktion“ in Haffkrug (Ostsee) waren von Mitte Januar bis Mitte Februar rund 100 oberflächliche Kinder untergebracht, die der Erholung und Pflege ganz außerordentlich bedürftig waren. Stark unterernährte Knaben und Mädchen aus dem Industriegebiet, obendrein stark erschüttert durch die scheußlichen Vorgänge in der vom politischen Terror durchtobten Heimat, Cenn- gestalten, wie sie das Heim unter seinen Injassen bisher nicht kennen- gelernt hat. Der vierwöchige Aufenthalt in der gesunden Ostseekluft, die liebevolle Behandlung und die besonders fräftige und reichliche Kost haben erfreulicherweise vortrefflich gewirkt. Da es obendrein gelang, für alle Kinder Kleidung, Fußzeug und allerlei Kleinigkeiten als Abschiedsgeschenk zu beschaffen, so werden die oberflächlichen Gäste sicher die Tage, die sie im Genossenschaftsheim verlebten, dauernd in froher Erinnerung bewahren.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine verzeichnet für das letzte Geschäftsjahr — die Statistik umfaßt im allgemeinen den Zeitraum vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920, in wenigen Fällen vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1920 — eine noch nicht dagewesene Entwicklung. Trotz zahlreicher Verschmelzungen hat sich die Zahl der angegliederten Konsumgenossenschaften von 1132 auf 1228 erhöht. Zur Statistik berichteten 1199 Konsumgenossenschaften mit 2 714 109 Mitgliedern, gegen 1088 Konsumgenossenschaften mit 2 308 407 Mitgliedern im Vorjahre. Der Mitgliederzuwachs betrug also mehr als 400 000. Der Umsatz ist um 1074 Millionen Mark auf 2 801 Millionen Mark gestiegen. Da aber ein durchschnittliches Geschäftsjahr in Frage kommt, das am 30. Juni 1920 beendet war, so kommt die Wirkung der Geldentwertung ebenso wie das Vorhandensein größerer Warenmengen in der dadurch hervorgerufenen Erhöhung des Umsatzes nur teilweise zum Ausdruck.

Doch, es ist auch Abwechslung. Aus der Ferne kommt ein Auto im rasenden Tempo. Hoch auf wirbelt der leichte, heiße Staub und senkt sich allmählich nieder auf Bäume, Gräser und Menschen. Biele dieser Landplagen kommen tagsüber vorüber. Gemaltigte Staubbmassen bringen da in die Atmungsorgane der schweißtriefenden, schwer arbeitenden Menschen. Auch der rege Wagenverkehr sorgt dafür, daß der Staub von neuem aufwirbelt. Nach beendeter Tagesarbeit heißt es dann wieder einen Weg von 15 bis 20 Kilometern zurücklegen. Wieviel Staub muß da noch geschluckt werden, da dieser am Abend länger in der Luft stehen bleibt und vom aufsteigenden Nebel getragen sich schwer senkt. Am Tage muß sich der Wärrer als Kost mit Brot bequägen. Wie wohl die Wärme da bei der Heimkehr dem erschöpften Körper ein süßes Bad. Doch wo? Im Hause find derartige Einrichtungen nicht. Und der verschlammte Ententümpel im Dorfe, Leich genannt, ist fast ausgetrocknet. Dann aber fehlt auch die Zeit. Im Haushalt ist abends noch zu tun. Am andern Morgen geht das Spiel fröhlich von neuem los. Ist die Arbeit auf der Landstraße gerade nicht so dringend, dann wird den Wärrern gnädigst gestattet, zur Erntezeit in der Landwirtschaft tätig zu sein. Die Mühlhähren in der eigenen, die Kermisfen bei fremden Landwirten. Um in der eigenen Wirtschaft tätig zu sein, darf sogar der zur Erholung dienende Urlaub benutzt werden. Es bleibt aber nicht immer Sommer.

Aus den Gemeinden

Berlin. In den Räumen der Deputation für Werke und Kohle fand am 7. März 1921 unter dem Vorsitz des Direktors Kämer vom Elektrizitätswerk Steglitz eine Sitzung der Leiter technischer Abteilungen der Anstalts- und Kammereibetriebe nebst Vertretern der Arbeiter und Angestellten statt.

Theaterarbeiter

Ueber eine Konferenz der Theaterarbeiter, veranstaltet vom Transportarbeiterverband, berichtet der 'Vorwärts' in Nr. 56. Darin wird unter anderem gesagt, daß die Schaffung einer Einheitsorganisation für das technische Bühnenpersonal herbeigeführt und zu diesem Zweck mit den beteiligten Verbänden Fühlung genommen werden soll.

gestellt, daß für die meisten Theaterarbeiter der mit unserem Verbande abgeschlossene Reichstarifvertrag für Gemeinbedarbeiter in Anwendung gebracht wird, der bekanntlich weitgehendste soziale Einrichtungen für die Arbeitnehmer vorstellt.

Straßenbahner

Reichskonferenz der Straßen- und Kleinbahner Deutschlands. Dem 'Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst' entnehmen wir nachstehenden Bericht: Am 27. Februar traten im Berliner Gewerkschaftshaus 57 Delegierte der Straßenbahner und 51 Delegierte der Kleinbahner zusammen, um die Gründung einer Abteilung im Deutschen Verkehrsband vorzunehmen.

Frankfurt a. M. In der gut besuchten Sektionsversammlung am 28. Februar erstattete Kollege Müntner - Berlin Bericht von der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband der Stadtgemeinden über den Abschluß eines Reichstarifes für die Straßenbahner.

6. S.
rtung
s Er.
RL.
O von
Breg
Wart
t her-
beach-
en er.
5 RL.
043,35
Auch
2. Es
1919.
t. Das
unter-
welien-
stlichen
gemacht
lagern,
n. Der
sollen
Obli-
rd, an
eim der
n Mitte
r unter-
bedürftig
us dem
euflichen
Glends-
t Kennen-
Offseelst,
reichliche
obendrein
nriakleiten
chleischen
sten, daw
et für das
den Zeile
llen vom
agewohnte
die 3-11
1228 er-
astien mit
hs beträt
nen Wart
chnittliches
endet war,
das Ber-
gerufenen

n Auto im
Staub und
schen. Wie
Gewaltig
weißtrien-
agenverfeh-
ch beendete
bis 20 Kilo-
acht werden,
t und vom
Lage müßt
e wohl be-
ein läbles
ungen nicht
genannt, in
im Haushalt
Spiel frühe-
straße gerade
gestaltet, zur
schlicheren in
Um in der
Erholung dies
nicht immer

Kühl weht der Wind über den Stoppelader, abgeerntet und öde wird das Feld. Herbststürme brausen. Ein feiner nachfallter Regen rieselt unaufhörlich hernieder. Bald ist die Kleidung durchnäßt. Verbeifabrende Autos schleudern Schlammspitzer auf die Kleidung der dort Arbeitenden. In den Essenspausen kein trockenes Plätzchen. Mit durchnäßten Kleidern wird das Aßen meist im Erben eingenommen. Kein Wunder, wenn sich da Rheumatismus einstellt.

sneider müssen auch in andere Reviere. Kreise und Proving haben von guter Ob'daumpflege steigende Einnahmen. Während dieser Arbeit haben Wind, Wetter und Bäume der Kleidung des Wärters arg mitgespielt. Die Mutter kann keinen Frieden auf dem zerschiffenen und germürbten Habit anbringen. Der Verdienst der Landstraßenwärter ist aber so gering, daß ohne Mitarbeit der Frauen und Kinder keiner in der Lage ist, sich neue Arbeitskleidung zu kaufen.

Bei den Lohnverhandlungen sehen Bau- und Landrat nur den Lenz mit seinem lachenden Himmel, blühenden Bäumen und Blumen. Demnach werden die Löhne bemessen, obwohl die Wärters nicht nur bei Frühlingssonnenschein, sondern auch bei Sommerhitze, Herbstlesungemach und Winterstürmen ihr Tagewerk verrichten müssen. Treuer Zusammenhalt und Ausbau der Organisation müssen daher Leitsterne der Landstraßenwärter bleiben, wenn sie ihre ständige Lage verbessern wollen.

bedlich über 8 Stunden ausgedehnt würde. Das größte Schmerzenskind der Stadtgemeinden und Arbeitgeber sind die sog. an Leistungen, und deshalb sollen sie auch besonders „ärztlich“ behandelt werden, doch nur zum Nachteil der Arbeiter. Ein wachsameres Auge müsse man auch auf die sogenannten wissenschaftlichen Hausrechte der Arbeitgeber haben, die eine „Verschlimmderung“ der Tarifzuungunsten der Arbeiter bewirkten. Die oft betonte schlechte Finanzlage der Städte dürfe kein Hindernis sein, das Existenzminimum der Straßenbahner zu beschneiden. Aus den Ausführungen ging hervor, daß die Straßenbahner gemeinsam mit dem Verbandsvorstand einen Reichstarif mit solchen Verschlechterungen ablehnen müssen. Zum Schluß richtete Kollege Müntner die Mahnung an alle Kollegen, geschlossen hinter der Verbandstellung zu stehen, durch eine festgelegte Organisation das Nachwort der Arbeitgeber zu machen. — Der reiche Beifall der Versammlungsteilnehmer zeigte, daß die Frankfurter Kollegen nicht gemißt sind, wohlwollende Rechte preiszugeben, sie eventuell mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Von allen Diskussionsrednern wurde einstimmig der Standpunkt vertreten, den Reichstarif in der gegenwärtigen Form abzulehnen.

• **Canditratbeurwärtler** •

Zwei Jahre Tarifbewegung der Straßenwärter und Arbeiter der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt. In dem unter dieser Überschrift in Nr. 7 der „Gewerkschaft“ erschienenen Artikel muß es in Spalte 161, Zeile 15 von unten heißen: „Die neuen Lohnsätze treten ab 15. Januar in Kraft.“

• **Aus unserer Bewegung** •

Die Konferenz Augsburg am 26. und 27. Februar umfaßte 31 Delegierte aus 20 Filialen. Gauleiter Kemmer gab Bericht über Lohnbewegungen und Stand unseres Verbandes im Gau Augsburg. Unser Bestreben, den Lohnunterschied zwischen Verwaltungs- und Betriebsarbeiter in den Staatsbetrieben zu beseitigen, ist noch nicht vollständig gelungen. Die Stundenlöhne der Betriebsarbeiter sind im Durchschnitt von 2,20 M. im Januar auf 4,13 M. im August gestiegen für 530 Arbeiter, für Arbeiterinnen von 1,40 M. auf 2,40 M. im Durchschnitt. Für Verwaltungsarbeiter im Durchschnitt von 105 M. im Januar auf 188 M. im September pro Woche für 220 Arbeiter, für Arbeiterinnen von 67,20 M. auf 114,50 M. im Durchschnitt. Dazu kommen nun die neuerlichen Teuerungszulagen, wie sie die Eisenbahnarbeiter erhalten, von 20 bis 60 Pf. die Stunde. Eine weitere Gruppe der Staatsarbeiter sind die im Versorgungslagerzeit beschäftigten, deren Löhne sich in der gleichen oder ähnlichen Weise regeln, nur daß dort Monatslöhne üblich sind. Für die bei den Straßen- und Flußbauämtern beschäftigten Arbeiter war im August 1919 der erste Tarifvertrag abgeschlossen worden. Dieser wurde im März 1920 gekündigt. Im allgemeinen bringt der neue Vertrag gegenüber dem alten wesentliche Verbesserungen: Urlaub von 12 auf 18 Tage, Kinderzulagen von 0,60 M. auf 1,60 M., Wohnvorrückung von 20 Pf. auf 80 Pf. pro Tag, bessere Regelung der Entfernungszulage und deren Erhöhung im Höchstmaß von 4 M. auf 8 M. Die Krankentlohnengewährung und Bezahlung der Wochenfeiertage konnte noch nicht erreicht werden, weil nach dem Standpunkt des Ministeriums, bedingt durch die Unregelmäßigkeit der Beschäftigung, nicht das ständige Arbeitsverhältnis wie bei den Eisenbahnern gegeben ist. Dagegen steht die Einführung einer Renteinstufe (d. h. Ruhegeldvorsorge) in Erwartung. Zurzeit beschäftigt sich der Landtag damit. Der Stundenlohn hat sich erhöht, im Durchschnitt von 1,80 M. im Januar auf 3,70 M. im November für männliche, für weibliche von 1,15 M. auf 2,50 M. Die Regelung der Bezüge der Bediensteten der Lehrerbildungsanstalt Gaulingen ist noch nicht erledigt. Dort macht uns das Kultusministerium Schwierigkeiten. Nun die Gemeindeforderungen. In Burgau, Mindelheim, Landsberg und Donaauwörth wurden nach Überwindung vieler Schwierigkeiten neue Tarifverträge abgeschlossen. Bei Kempten, Mindelheim, Burgau und Neuburg mußten wir den Schlichtungsausschuß beanspruchen. Kempten ist ganz hartnäckig. Aber noch schlimmer ist Neuburg. Das hat den Schiedspruch abgelehnt. Das Landeseingangsamt hat unseren Antrag auf Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. In Donaauwörth, Riedlingen und Neuburg sind unsere Löhne zurzeit höher als die im Bauergewerbe. Bis auf Burgau, Neuburg und Donaauwörth haben wir überall Krankentlohn eingeführt. Neuburg zahlt auch die Feiertage nicht und keine Kinderzulagen. Donaauwörth zahlt keine Kinderzulagen. Gegenüber den Löhnen am Jahresbeginn ist eine Erhöhung im Durchschnitt pro Tag von 20 M. in Kempten, Kaufbeuren, Burgau 16 M., in Donaauwörth 15 M. erzielt worden. — Am Schluß des 1. Quartals 1920 waren 14 Filialen mit 4923 Mitgliedern und am Jahresschluß 19 Filialen mit 4716 Mitgliedern zu verzeichnen. Neu gegründet wurden die Filialen: Augsburg-Land (Wallerbauer), Dillingen, Ettringen, Landsberg und Jedesheim. Ferner die Bezirke Mindelheim zu Memmingen, Burgau zu Gün-

burg und Donaauwörth zu Neuburg gehörig. Der Mitgliederzuwachs von 4923 auf 4716 ist zurückzuführen auf die Auflösung bzw. Einschränkung früherer Mitgliederbetriebe in Ingolstadt, Reichenhosen, Lager- und die Einschränkung des Flußbauamtsbetriebes in Reichshausen. Wir müssen auch in der Folgezeit mit einem weiteren Rückgang der Mitgliederzahl rechnen. Denn der noch nicht beendigte Abbau der Mitgliederbetriebe in Ingolstadt und Reichshausen, sowie der Baugruppe und die Beendigung der Koststandsarbeiten in Reichshausen, schließlich die Verringerung der Zahl der bei den Straßen- und Flußbauämtern beschäftigten Koststandsarbeiter wird naturgemäß einen Mitgliederverlust zur Folge haben. Wenn wir den Stand unseres Verbandes im Gau Augsburg unter Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse als Ganzes übersehen, muß konstatiert werden, daß sowohl beim Mitgliederbestand als auch bei der Finanzlage ein erfreuliches Bild vorliegt. — Zu „Betriebsratfragen“ gab Schuster-Augsburg den Delegierten ein anschauliches Bild, wie die Betriebsräte in der Praxis ihre wichtigsten Aufgaben zu erfüllen hätten. Der größte Wert müsse darauf gelegt werden, bei den kommenden Betriebsratswahlen die erfahrensten und besten Kollegen, die nicht nur mit großen Worten, sondern mit überlegtem Handeln die Betriebsratsaufgaben erfüllen, zu wählen. — Hierauf referierte Kollege Müntner über „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Arbeiter der öffentlichen Betriebe“. Staat und Gemeinden befinden sich jetzt schon zum größten Teile in schlimmer Finanzlage, was für die Staats- und Gemeindeforderungen die bedenklichste Lage geschaffen hat. Denn es gingen jetzt schon große Gemeinden dazu über, gemeinliche Betriebe gewerkschaftswirtschaftlich führen zu wollen, d. h. das Privatkapital mit heranzuziehen, das letzten Endes doch nur zum Gewinn aus seiner Beistellung erzielen wollte. Rechner besprach dann die Forderungen der Entente, die für Deutschland unannehmbar seien. Die Vermittlung würde eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 13-14 Stunden bedingen. Unter Würdigung des Ganzen sei es in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit notwendig, daß die höchsten und gemeinlichen Arbeiter geschlossen in ihrer Organisation tätig wären. — An alle Referate schloß sich eine sachlich geführte Aussprache an. Die gestellten Anfragen konnten befriedigend beantwortet werden. — Zahlreiche Anträge aus den Filialen fanden eine sachgemäße Behandlung und Erledigung. Die Tätigkeits des Gauleiters wurde anerkannt seitens der Konferenz. Nach abschließender Dauer wurde die schön und anregend verlaufene Konferenz geschlossen.

Gau Augsburg. In der letzten Zeit haben Verbände über die Gewährung von Teuerungszulagen nachgedacht, und soweit dies geregelt sind, bringen wir nachstehend darüber Bericht: Es wurden Teuerungszulagen gewährt für die Städte: Neuburg ab 1. November pro Tag 3,20-3,60 M.; Kaufbeuren ab 1. Dezember 1920 pro Tag 3 M. für Arbeiter, 2,10 M. für Arbeiterinnen; Ingolstadt ab 1. Februar 1921 pro Tag 3 M. für Arbeiter, 2,10 M. für Arbeiterinnen und Erhöhung der Kinderzulage um 10 M. im Monat; Lindau ab 1. Februar 1921 pro Tag 2,80 M. für Arbeiter, 2,80 M. für Arbeiterinnen; Memmingen ab 1. Februar 1921 pro Tag 3 M. für Arbeiter und für Januar 75 M. Bauhofzulage; Augsburg ab 1. Dezember 1920 16% Proz. Erhöhung der Teuerungszulage, gleich 3,30-3,70 M. für Arbeiter und 2,30-2,35 M. für Arbeiterinnen pro Tag; außerdem Erhöhung der Kinderzulage von 30 auf 40 M. pro Monat; Kempten ab 1. Februar 1921 Erhöhung des Gesamtlöhnes um 15 Proz. gleich 4,20-4,95 M. pro Tag für Arbeiter, 3 M. für Arbeiterinnen. Für die Stadt Donaauwörth wurde ein Tarifvertrag unter Ausschaltung der Gauleitung und Nichtanerkennung der Organisation mit der dortigen Arbeitskommission, welche allerdings unsere Mitglieder sind, abgeschlossen. Die Lohnsätze wurden erhöht ab 1. Januar 1921: für Arbeiter von 12 auf 17,60 M., für ungelernete und angelehrte Arbeiter von 19,20 auf 25,60 M., für Handwerker von 21,60 auf 29,60 M. und für Vorarbeiter von 24 auf 32 M. pro Tag. Es Lohnausgleich für das 2. Halbjahr 1920 erhalten vollwertige Arbeiter 150 M., nicht vollwertige Arbeiter 100 M. einmalig bezahlt. Die Wochenfeiertage werden bezahlt; Urlaub wird gemäß 3-6 Tage. Unserer Anträge auf Krankentlohn und Kinderzulagen wurden abgelehnt. Die Stadtgemeinden Donaauwörth, wo das Zentrum im Stadtrat die Mehrheit hat, hat sich den Ruhm erworben, als die einzige Stadt im Gau, die Organisation als Vertrag kontrahant anzuerkennen. Auch ein Zeichen, daß man dort den Geist der neuen Zeit noch nicht verstehen will. Wir sind optimistisch genug zu hoffen, daß dies nur ein vorübergehender Zustand sein wird, und daß diese Stadtgemeinde sich auch noch davon gewöhnen wird, die Organisation als Betriebsrat gleichberechtigt anzuerkennen.

Die Konferenz Jindau am 6. März verammelte 37 Delegierte aus 24 Filialen. Nicht vertreten waren die Filialen Reichshausen, Auerbach, Marienberg, Bad Eister und Schopau. Vom Verbandsvorstand war Kollege Stetter erschienen. Gauleiter Köstler berichtete, daß im Gau 89 Gemeinden Arbeiter beschäftigten, wovon 54 Gemeinden Mitglieder des Arbeiterverbandes Sächsischer Gemeinden sind. Der Gau umfaßt 7750 Mitglieder, so daß fast alle Gemeindeforderungen organisiert sind. Gleiches ist von den Staatsarbeitern zu berichten. Die Reichsarbeiter sind größtenteils in anderen Verbänden organisiert. Die Privatkrankenanstalten Coraogrün, Reiboldsgrün und Albertsberg haben dem Verbands-

Schwierigkeiten in der Lohnregelung gemacht, indem diese Anstalten ihre Finanznot immer betonten. Zwecks Zulagenregelung gemäß § 2 des sächsischen Lohn tariffs erfolgt in den nächsten Wochen eine Sonderverhandlung. Die jetzt zum Abschluß zu bringende Ruhestandsordnung ist vom sächsischen Ministerium des Innern als Aufsichtsorgan nicht genehmigt worden. Entsprechende Beschwerde ist eingereicht worden. Kollege Stetter referierte über den Reichsmanteltarif, seine Vorgeschichte, Entstehung, Ausdehnung, Wirkung und Ablauf am 30. Juni 1921. Jetzt schon scheint es fast, daß die Arbeitgeberverbände als Kontrahenten jedwede Erweiterung in unserm Sinne ablehnen wollen. Kollege Vogel-Chebnitz berichtete von der Landestarifkommission, die am 21. und 22. Februar tagte. Der dort gezeichnete Entwurf zum neuen Manteltarif wurde von der Konjunkturtausehigen. In der Aussprache wurde unter anderem die rückständige Haltung des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden kritisiert und darauf verwiesen, daß es bei einer ablehnenden Haltung der Arbeitgeber beim Abschluß des neuen Manteltarifs leicht zu Komplikationen kommen kann und die Einzigkeit der Kollegenchaft in solchen Zeiten am notwendigsten gebraucht wird. Unter diesem Hinweis und der Aufforderung, unser Ziel, den Sozialismus, selbst bei der größten wirtschaftlichen Not nicht aus den Augen zu verlieren, wurde die Konferenz geschlossen.

Mannstein. Im Januar wurde hier eine Ortsgruppe unseres Verbandes gegründet, der sofort 100 Mitglieder beitraten. Am 1. März fand eine Generalversammlung statt, in der folgende Kollegen in den Vorstand gewählt wurden: Weisner, Vorsitzender; Lauts, 2. Vorsitzender; Rastan, Kassierer; Tobias, Schriftführer; Herder, Krume und Clemens als Beisitzer. Gauleiter Michel (Königsberg) sprach über den Reichsmanteltarif, der von einer Kommission in Königsberg durchberaten und verbessert war. Kollege Ridel ermahnte zur intensiven Arbeit, damit die Kollegen restlos unserer Organisation angeschlossen werden. Dann werden wir den kommenden Tarifverhandlungen ruhig entgegengehen können. Ferner wurde von Kolleginnen, die bei der Schutzpreijei beschäftigt sind, zur Sprache gebracht, daß sie noch keine Bescheinigung erhalten haben. Die Angelegenheit schwebt zurzeit beim Regierungspräsidenten und soll, falls von dort ein abtuehender Bescheid kommt, erneut vorgegangen werden. Nachdem eine rege Aussprache stattgefunden hatte, wurde nochmals daran erinnert, den gesellschaftlichen Gedanken hochzuhalten, damit wir als eine Kampfgewerkschaft für unsere Kollegen gelten können.

Tinau. In der Generalversammlung am 19. Februar gab Kollege Heina den Jahresbericht. Gauleiter Junke referierte dann über den neuen Lohn tarif und die rückständige Bescheinigung. Kollege Rothschent gab den Kassenbericht vom 4. Quartal. In der Gesamtsitzung verliet ein Betrag von 1927,78 M. Die Wahl des ständigen Ausschusses ergab: 1. Vorsitzender Lorenz Heina, 2. Vorsitzender Franz Rappold, Schriftführer Jakob Kurlich, Kassierer R. Rothschent.

Danzig. In der Generalversammlung am 19. Januar erstattete Kollege Kört den Jahresbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß 14 Lohnbegünstigten ohne Streik zugunsten unserer Kollegen angeschlossen werden konnten. Der Mitgliederbestand hat trotz Schließung einzelner Staatsbetriebe nicht abgenommen, sondern sich um 504 erhöht, so daß am Ende des 4. Quartals ein Mitgliederbestand von 2118 zu verzeichnen ist gegenüber 1614 im 1. Quartal. Den Kassenbericht erstattete der Kollege Dyt. Der Filialstellenbestand betrug 14 352,26 M. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender, Paul Wihnit 2. Vorsitzender, Walter Dyt Kassierer, Hans Sperling 1. Schriftführer.

Euskirchen. Uns wird geschrieben: Nr. 4 des „Gemeindearbeiter“ enthält einen Bericht über die letzte Lohnverhandlung. In einem Nachsatz heißt es:

„Genau wie an andern Orten so auch hier, sucht man auf der anderen Seite einen Brückelnamen, weil nicht alles erreicht sei, und glaubte diesen in der Person des Kollegen Hagendorn gefunden zu haben.“

Diese Behauptung bezieht sich auf den Bericht, den unser Kollege Spiller in der nach der Lohnverhandlung stattgefundenen Mitgliederversammlung gegeben hat und darin die Mitwirkung der Christlichen, insbesondere des Vorstehenden Hagendorn, beklagte. Es konnte nämlich bei der Tarifverhandlung der Direktor der städtischen Gas- und Wasserwerks folgende Erläuterung abgeben: „Ich habe mit meinen Leuten Rücksicht genommen. Meine Leute wollen den Beistand nicht, die sind mit 30 Pf. Stundenlohn zufrieden.“ Als ihm mitgeteilt wurde, in zwei gemeinsamen Besprechungen haben die Christlichen einstimmig den Beistand gefordert, und zwar Lohnsätze nach A 2 erklärte er: „Der Betriebsrat hat mir das erklärt.“ Auch dieses wurde widerlegt, und es stellte sich heraus, daß die Erklärung nur vom Vorstehenden der Christlichen und Vorstehenden des Betriebsrats in Person des Hagendorn gemacht worden war. Kollege Spiller hatte dies im Bericht dargelegt. Er kam zu Ohren des christlichen Gewerkschaftsleiters Rader und des Hagendorn. Nach der Verhandlung berichteten die Vertreter der Christlichen ihren Mitgliebrn über die Verhandlungen. In dieser Versammlung wurde auch unser Kollege Spiller eingeladen. Er wurde vom Gewerkschaftsleiter Rader sehr angegriffen. Als Spiller das Wort erhielt, tadelte er das Verhalten des christlichen Vor-

stehenden Hagendorn, indem er den ganzen Sachverhalt auch dort wiedergab. Hagendorn mußte zugeben, mit dem Direktor des Gaswerkes konfiziert zu haben. Er konnte nur: als Entscheidung annehmen, es sei eine Privatunterhaltung gewesen. Rader mußte auch erklären, daß Hagendorn nicht recht gehandelt habe. Indem er solche Privatgespräche mit dem Arbeitgeber führte. Er war ferner der Meinung, den Mitgliedern brauche man nicht die einzelnen Details der Lohnverhandlungen, sondern nur das Resultat mitzuteilen. Wir sind darüber anderer Meinung. Das Urteil unserer Kollegen über unsere Tätigkeit haben wir nicht zu fürchten. Vielleicht ist es auf der Gegenseite anders. Der Ausdruck „Lügengesindel“ in dem Bericht ist ein Gradmesser christlicher Bißigkeit; wir verlagen es uns, auf dieses Niveau herabzulassen, denn „wir Wälden sind doch bessere Menschen“.

Glogau. Die am 7. März abgehaltene Mitgliederversammlung befaßte sich nach dem Vortrage des Kollegen Kudat über „Unsere Verbandsarbeit“ mit den Rückfragen der Kollegen in städtischen und staatlichen Betrieben, die die Arbeitslosigkeit in Stadt und Kreis Glogau ganz erheblich steigert. Vorstand und Betriebsräte werden alles versuchen, dem Uebel entgegenzutreten. Darauf hielt Studienrat Koch einen Vortrag über Lungentuberkulose, unterstützt durch Anschauungsmaterial und Präparate. Kollege Kudat kündigte an, daß durch die Anstellung eines Korrektors die Ausgaben für unsere Filialkassen jährlich um 7800 M. gesteigert werden und ein Lokalaufschlag erhoben werden muß, wozu in nächster Sitzung Stellung zu nehmen sei. Er gestellte ganz besonders das arbeiterfeindliche Gebaren des Magistrats gegenüber den städtischen Arbeitern, die nun auf die Strafe gesetzt worden seien. In ihrem Unglück tragen diese Leute aber selber Schuld, weil sie nicht einmütig zu unserer Organisation standen und wir nun ihnen nicht helfen können.

Reichen. Die Versammlung der städtischen Arbeiter am 22. Februar nahm Stellung zum neuen Reichsmanteltarif. Es wurden Änderungsanträge beschlossen und der Landestarifkommission übermittelte. Weiter beschäftigten sich die Versammelten mit dem Urlaub. Es wurde verlangt, die Dresdener Urlaubsstaffel hier einzuführen. Andere Anträge gingen nach höher. Schließlich wurde folgende Forderung beschlossen und der Lokalleitung übermitten zur weiteren Erledigung: nach dem 1. Dienstjahre 5 Werktage, nach 3 Jahren 8 Werktagen, nach 5 Jahren 14 Werktagen, nach 10 Jahren 16 Werktagen, nach 15 Jahren 21 Werktagen Urlaub. Weiter berichtete Kollege Walter über den Stand der neuen Arbeitsordnung. Der Rat hat den Schlichtungsausschuss angerufen, weil er dem Betriebsrat das Recht nicht ausgeben will, bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern mitzuwirken. Der Gauleiter soll zu dieser Verhandlung gehen.

Mühlhausen i. Th. (Streik der städtischen Arbeiter.)

Am 15. Februar 1921 traten sämtliche Arbeiter der städtischen Betriebe in den Streik. Veranlassung bot dazu die Laßade, daß der Straßenbahnführer Wartmann in einem Sprechsaalartikel der bürgerlichen Presse seine eigene Gewerkschaft angriffen und seinen Kollegen in schmählicher Weise in ihrem berechtigten Existenzkampf in den Rücken gefallen war. Die Form ließ darauf schließen, daß er nur ein gedungenes Werkzeug in den Händen der arbeiterfeindlichen Parteien war, um die Wahlen zu beeinflussen. Die städtische Arbeiterchaft erwiderte sich dieses Verräters durch Ausschluß aus dem Verbands. Ferner wurde keine Verbindung zu den Streikern gefordert. Der Betriebsrat unterbreitete diesen Beschluß dem Magistrat. Wartmann erhielt darauf acht Tage Urlaub. Am 14. Januar war der Urlaub abgelaufen und Wartmann sollte seinen Dienst als Wagenführer aufnehmen. Dies lehnten die städtischen Arbeiter ab und traten geschlossen in den Streik. Die dringlichsten Notstandsarbeiten - Versorgung des Krankenhauses, Beerdigungen, Fütterungen der Pferde usw. - sollten verrichtet werden. Herr Stadtrat Reumann glaubte aber als Herr im Hause andere Maßnahmen ergreifen zu müssen. Mit Polizeibeamten erließen er in den technischen Betrieben und forderte die städtischen Arbeiter, welche die dringlichsten Notstandsarbeiten verrichteten, auf, den Betrieb zu verlassen, andernfalls sie verhaftet werden. Die Technische Rothilfe und die Stapo besetzten die Betriebe. Man scheute sich auch nicht, Maschinengewehre aufzuführen zu lassen. Ein Grund zu all diesen Maßnahmen lag wahrlich nicht vor. Alles dies steigerte die Erregtheit der städtischen Arbeiter und der Arbeiterchaft im allgemeinen. Und nur der Disziplin der Arbeiterchaft kann es die Revoluzzer und insbesondere Herr Stadtrat Reumann verdanken, daß keine Zwischenfälle vorkamen. Die Herren hätten es wohl recht gern gesehen, es wäre so weit gekommen. Am 17. Februar wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nach einer Verhandlung des Gauleiters mit dem Magistrat, zu der Wartmann zugezogen wurde, wo dieser nunmehr freimütig erklärte, daß er auf die Straße gehen wolle. Die Kosten, die durch den Streik für die Stadt entstanden, sind nicht gering. Hätte der Magistratsvertreter nicht den Herrenmännchen heroverkehrt, so wäre die Angelegenheit Wartmann freilich erledigt worden. Die Leidtragenden sind wieder mal die Steuerzahler, durch die Schuld des Magistrats.

Oliva bei Danzig. In der Versammlung am 22. Februar gab Kollege Dyt Bericht über das verflissene Geschäftsjahr. Es ist gelungen, die Gemeindearbeiter fast restlos für uns zu gewinnen

und die Mitgliederzahl auf 50 zu erhöhen. Es wurde beschlossen, eine eigene Filiale zu gründen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Leo Brillowski, als 2. Vorsitzender Johann Gast, als Schriftführer Heinrich Haase und als Kassierer Otto Selke. Kollege Dyk referierte dann über das Unterstützungswesen unseres Verbandes.

Rheingau-Taunuskreis. In der Generalversammlung am 6. Februar gab Kollege Hemes den Geschäftsbericht. Danach ist die Mitgliederzahl von 23 auf 231 gewachsen. Kollege Rattermann erstattete den Kassenbericht. Der Dristassenbestand beträgt 815 Mk. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Kollege Hemes, 1. Vorsitzender; Schäfer, 2. Vorsitzender; Rattermann, Kassierer; Redel, Schriftführer.

• **Aus den deutschen Gewerkschaften** •

Der Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands hielt vom 22. bis 24. Januar seinen 3. Verbandstag ab. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß der Verband 8500 Mitglieder zählt und das Vermögen sich auf rund 20 000 Mk. beläuft. Der Syndikus des Verbandes Dr. Benzel-Goldbaum hielt darauf einen Vortrag über „Wirtschaftspolitische Fragen der Gegenwart“. Die Kommunalisierung der Kinos lehnte er aus folgenden Gründen ab:

„Eine Kommunalisierung des Kinos bedeutet eine Auslieferung des Programms an die Reaktion. Der freigeistige Ausdruck soll gehemmt werden. Ein langweiliges Kino ist aber notgedrungen ein leeres Kino. In seiner Unterhaltung läßt sich das Publikum nicht bevormunden und wandert rettungslos ab. Aus all diesen Gründen kann man die Frage, ob die Kinos kommunalisiert werden sollen oder nicht, nur mit Nein beantworten. Ich habe mich in diesem Sinne in der „Film-Gewerkschaft“ (das Organ des Kinoangestelltenverbandes, D. Red.) ausgesprochen und bin darum von verschiedenen scharf kritisiert worden. Die Gründe dieser Kritik haben mich nicht überzeugt. Ich bleibe bei meiner Ansicht und hoffe, daß der Gewerkschaftstag sich ihr anschließen wird.“

Uns will scheinen, daß Benzel-Goldbaums Begründung auf sehr schwachen Füßen steht. Da er aber von anderer Seite eines Besseren nicht belehrt worden ist, so dürften unsere Bemühungen sicher auch vergeblich sein. Der Verbandstag hat kommissarweise nach diesem Referat die Kommunalisierung der Kinos ebenfalls abgelehnt. — Zur Schaffung eines Latitationsfonds soll für den Monat Februar ein Extrabeitrag von 1 Mk. erhoben werden. Die Stuttgarter 5 Punkte wurden als Richtlinien beschlossen. Sie lauten:

1. Gegen den Wucher und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände.
2. Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Verdienste der in Arbeit Stehenden auf Kosten der Arbeitgeber.
3. Für die Befreiung des Steuerabzuges, die Einziehung der Besitzsteuer und hohen Vermögen.
4. Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung der Betriebe, der Lebensmittelgewinnung und -verteilung durch Betriebsräte und Gewerkschaften und Genossenschaften.
5. Entlohnung der Organe und Bewachung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.“

In den Vorstand wurden gewählt Bergmann, Schnell, Wuite, Badewig, Schmuher, Dorbrück, Breuß, Federmann, Warzecha.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt am 5. und 6. März in Stuttgart einen Gau-tag für Württemberg und Baden ab. Aus den Verhandlungen verdient erwähnt zu werden das Referat des Redaktors der „Holzarbeiter-Zeitung“ Kaiser über den kommenden Verbandstag: „Die Mitgliederzahl des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat sich von 193 000 im Jahre 1914 auf nahe an 400 000 heute gesteigert, darunter befinden sich als ebenfalls erfreuliche Erscheinung 40 000 weibliche und 16 500 jugendliche Mitglieder. Im Jahre 1919 hatte der Verband 109 000 Streikende, und er hat in den drei ersten Quartalen des Jahres 1920 bereits 11 Millionen Mark an Streikunterstützung ausgegahit. Ein schlagender Beweis gegen die Verdächtigung der Moskauer, gelb zu sein und im Solde der Unternehmer zu stehen. Die Stellung der Opposition ist nicht einheitlich. Neben ehrlichen Schwärmern blüht vielfach das Motiv durch: Kan an die Futtertrippe. Die Kommunistische Partei als Führerin der Opposition hat so viele Spaltungen, auch so viele Änderungen ihrer Anschauungen über die Gewerkschaften durchgemacht. Erst der Ruf: Raus aus den Gewerkschaften heute; hinein! und morgen? Wer kann wissen, was in Moskau über die deutsche Gewerkschaftsbewegung beschlossen wird? Die Stuttgarter 5 Punkte (Siehe im vorstehenden Bericht über Verbandstag der Film- und Kinoangehörigen, D. R.) wurden abgelehnt, dafür folgende Resolution beschlossen:

„Die Moskauer Kommunistische Internationale hat der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdamer) Krieg und Vernichtung erklärt. Unter der wahrheitswidrigen und unbewiesbaren Behauptung, die mittel- und westeuropäischen Gewerkschaften seien samt ihrem Landeszentralen gelb, ihre Führer vom Privatkapital beherrscht, wird eine Aktion eingeleitet, deren Ziel die Zerspaltung der Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen verpflichtet werden, ihre Tätigkeit gemäß den kommunistischen Tzefen einzurichten und den bei

bisher bewährten Grundfragen abzugeben. Der Gau-tag der Holzarbeiter des Gau'es Stuttgart ist hat eine solche Zumutung mit aller Entschiedenheit ab. Der Gau-tag verurteilt die von den Kommunisten betriebene Gehirnwäschebildung und verpflichtet alle Delegierten, gegen diese die Einheit der Organisation zerschörenden Versuche mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften bedürfen mehr als je der Einheit und Geschlossenheit, wenn sie nicht in ihrer Schlagkraft gelähmt und Verwirrung in ihre Reihen getragen werden soll. Die von der Kommunistischen Partei in ihrem Offenen Briefe ausgehenden Forderungen können nicht als Grundlage betrachtet werden, auf der eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften möglich ist. Der Gau-tag lehnt deshalb dieses Ultimatum ab in der festen Überzeugung, daß die Gewerkschaften selbst die den Arbeitern notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, ohne sich von einer politischen Partei ihre Direktiven geben zu lassen, zumal gerade die Kommunistische Partei bisher stets selbst widersprüchliche Rämpfe der Arbeiter dazu benutzte, parteipolitische Geschäfte zu machen. Die Gewerkschaftsbewegung braucht zur Erreichung ihrer Ziele alle Arbeiter, unbefürmert um ihre politische oder religiöse Aufstellung, und kann sich deshalb nicht zum Vorkämpfer einer bestimmten politischen oder religiösen Gruppe begrabden lassen. Dies würde die unbedingte Spaltung der Gewerkschaften zur Folge haben und nur die Arbeiterkraft in ihrem Einfluß schwächen.“

• **Internationale Rundschau** •

Schweden. Im Laufe des verfloffenen Jahres haben die Unternehmer in den verschiedensten Industriezweigen ihre Arbeiter ausgepersert. Die bedeutendste Aussperrung erfolgte in der Holzbearbeitungsindustrie, und diese dauerte sehr lange. Dann kam die Maschinen- und Eisenindustrie an die Reihe, letztere hat nicht weniger als 80 000 Arbeiter ausgepersert. Der Grund der Aussperrung war, daß die Arbeiter nach der Einführung des achtstündigen Arbeitstages ein Entgelt für den dadurch entstandenen Lohnverlust — bei Akkorarbeit — forderten. Nach zweimonatigem bitterem Kampf ist eine Einigung erreicht worden. Sehr lange hat der Streik in der Bauindustrie gedauert. Er wurde erst im November vorigen Jahres beigelegt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben ebenfalls eine kräftige Bewegung durchgeführt. Dazu kamen die Rämpfe der Bergbauarbeiter, der Textilarbeiter und der Arbeiter in der chemischen Industrie. So hat ein bedeutender Teil der Arbeiterkraft im Laufe des ganzen Jahres heftige Kämpfe um die Existenz führen müssen. Die schwedischen Gewerkschaften haben riesige Summen für die Unterstützung dieser Bewegungen verwendet. Der Gewerkschaftsbund von Schweden hat 1 130 000 schwedische Kronen dafür ausgegeben. Der Metallarbeiterverband verzeichnete mehr als 5 Millionen, der Allgemeine Arbeiterverband 1 550 000, die Holzarbeiter 1 300 000, der Verband der Bergarbeiter 250 000 schwedische Kronen. Der Gesamtbetrag der für die Unterstützung der Streiks verwendeten Summen im letzten Jahre war nicht gering als 10 Millionen Kronen. Im Jahre 1920 haben die Gewerkschaften die Zahl ihrer Mitglieder um 10 Proz. erhöht. Sie umfassen jetzt etwa 350 000 organisierte Arbeiter.

Itschekoslawen. Die in Frankfurt a. M. gegründete neue Arbeiterakademie lenkt unsern Blick hinüber in unsere Nachbarrepublik, wo ein solches Institut bereits seit 1896 in Prag besteht. Sie wurde damals auf Veranlassung von Dr. Masaryk, dem heutigen Präsidenten der tschechischen Republik gegründet. Die Arbeiterakademie in Prag sollte zu einer Arbeiterhochschule werden, deren Aufgabe die Popularisierung der Wissenschaft und Kunst sowie die Erziehung der Massen war; doch die eigenen Mittel der Akademie waren gering, viele Jahre führte sie ein kümmerliches Dasein und beschränkte sich auf die Abhaltung von Unterrichtskursen, Verbreitung guter Literatur, Herausgabe von Broschüren, Veranstaltung von Theateraufführungen usw. Erst seit dem Umsturz konnte sie sich frei entwickeln und ist jetzt zu einem bedeutenden Kulturfaktor in der Republik geworden. Die Arbeiterakademie, die sich auf die Gewerkschaftsorganisation stützt, umfaßt an 700 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, und zusammen mit den angegliederten Korporationen fast 1 Million Mitglieder. Sie erstreckt ihre Tätigkeit auf das ganze Gebiet der Republik und insbesondere auf die Industriezentren. Alle ihre Bestrebungen verfolgen das eine Ziel: die Erziehung zum Sozialismus. Diesem Zwecke dient vornehmlich die sozialistische Schule, die für intelligente Arbeiter bestimmt ist, um sie zu Führern und Organisatoren der Arbeiterbewegung zu erziehen. Da werden gelehrt: Bürgerkunde, Nationalökonomie, Statistik, Weltgeschichte vom Standpunkte des Sozialismus, Marxismus, ethische Grundlagen und Geschichte des Sozialismus, Grundprinzipien der Technik, Arbeitsgeschichte, Sozialhygiene und Pädagogik. Der Unterricht findet zweifach in vier Abenden der Woche statt und dauert acht Monate. Nach dem Vortrage folgt immer eine Debatte und im Anschluß an die sozialistische Schule arbeitet ein sozialistisches Seminar, in dem wichtige Fragen aus dem Gebiete der Sozialpolitik, Sozialerziehung usw. erörtert werden. Die Arbeiterakademie hat ferner eine Betriebsräteschule gegründet. Von den sonstigen Kursen seien hervorgehoben: ein literarisches Seminar, ein Rednerkurs

Arbeitler
mit
ommu-
gieren,
ni aber
in mehr
laghaft
Ele von
Bord-
eine ein-
ni des
Gewerb-
ergreifen
leben je
ohi wort-
Geschäft
ihre die
Kauf-
stimmten
Arbe die
nuz die

le Unter-
er auss-
e in der
Dann kam
hat nicht
der Aus-
es ach-

durch em-
Nach zwei-
en. Sehr
wurde erst
schaffenden
hrt. Dann
r und der
ender Teil
ämpfe um
fen haben
verwendet
schwedische
verwendet
1.550.000,
er 250.000
nierichtig
r nicht ge-
die Gewer-
ie umfassen

ndete neu
andere Nach-
rag bestet,
r qf, dem
te. Die Be-
ile werden,
D Kunst so
Mittel der
limmerlicher
richte hufen,
ren, Berona
ta Umsturz
bedeutenden
Arbeiter-
nisation
Arbeiter, und
Million Mit-
biet der So-
g zum So-
zialistisches
e zu führen
Da werden
Weltgeschichte
e Grundlagen
Echnif. Ueb-
er Unterrichts-
id dauert acht
und im An-
ches Seminar.
olitik, Sozial-
at ferner eine
stigen Kurien
Rednerkursus

eine Handelsschule für Arbeiter, eine Arbeiterfortbildungsschule, sowie praktische Kurse (Nähen, Haushaltung usw.) Zur Verschönerung und Durchgestaltung des Privatlebens der Arbeiter pflegt die Arbeiterakademie besonders die Kunst. Sie veranstaltet Besichtigungen von Sammlungen und Kunstausstellungen, Theateraufführungen, Konzerte, Kunstabende und hält Vorträge über die Kunst ab. Die dramatische Arbeitervereinsleitung widmet sich der Erziehung des Proletariats zur dramatischen Kunst, veranstaltet für die Arbeiter direkt in den Fabriken nach Arbeitschluss Vorstellungen und trachtet durch kollektive Rezitationen begeistern auf die Massen zu wirken. Der Arbeiterakademie sind angeschlossen: der Arbeitergesangverein, der Arbeiterkouristenerverein, die Pfadfinder, die Theaterbilletanten und andere dergleichen Korporationen. Die Arbeiterakademie, deren umfangreiche Geschäfte in Prag von einem Sekretariat geleitet werden, entsendet in die Provinz Wanderlehrer und Vortragende, verleiht Bibliotheken an Arbeitervereine, gibt Broschüren und eine Zeitschrift („Arbeiterkultur“) heraus. Für die Arbeiterkinder werden Märchenvorstellungen, Marionettenspiele, Theater- und Kinovorstellungen, Ausflüge und Ferienreisen veranstaltet. An diesen Veranstaltungen haben im Jahre 1920 an 100.000 Arbeiterkinder teilgenommen. Die Bibliothek umfaßt 5000 Bücher. Außerdem haben die Gewerkschaftsorganisationen in Prag ihre eigenen, bei weitem größeren Bibliotheken, wie z. B. die Metallarbeiter 50.000, Handelsangestellte 12.000, Holzarbeiter 10.000, Typographen 8000 Bände. Auch in der Provinz hat ein jeder Arbeiterverein seine Bibliothek, und die Arbeiterakademie geht allen diesen Organisationen beim Ankauf der Werke mit Rat und Tat an die Hand. In Prag, Pilsen, Brünn und Mährisch-Odrau unterhält sie öffentliche Veschallen. Ein jeder Arbeiterverein hat nicht nur in Prag, sondern auch in der Provinz eine Veschalle für seine Mitglieder. Im laufenden Jahre plant die Arbeiterakademie die Veranstaltung einer Ausstellung über die Sozialisierung der Wissenschaften. — Die Arbeiterakademie in Prag ist also ein Institut, auf das die Arbeiter mit Recht erhebliche Hoffnungen setzen.

Rundschau

Die Lat. Do. lebensfrohe Bollmenschen kann nicht leben ohne die Lat. Untätigkeit ist ihm Tod. Lat ist Leben. Alles Denken und Fühlen verlangt gebieterisch nach der Lat. Die Lat allein ist das Glück. Die Lat allein ist Befreiung, Erlösung. Der Mensch, der fühlt, hat auch den unwiderstehlichen Drang zum Handeln. Schon der Schmerz zwingt zum Tun. Hin aus führt der Mensch, wenn der Schmerz ihn packt. Und wenn die Freude ihn erfüllt, dann kann seine Lat nicht groß genug sein, dann möchte er mit der weiten Stärke seiner Arme umschlingen die ganze Welt. „Seid umschlingen, Millionen.“ Kann es da anders sein, als daß Religion auch das Innigste verbunden ist mit dem Leben, wahre Religion. Wer Religion erlebt, muß auch handeln, und je tiefer und häufiger er religiös empfindet, um so größer muß die Lat sein, desto sie Befreiung bringen. Darum waren auch alle großen religiösen Geister Männer der Lat. Laten verlangten die Körper des „Alten Testaments“. „Seid Täter des Wortes“, sagte auch Jesus. Kann es aber eine gewaltigere Tat geben, als die Reubildung und Formung des gesamten Zusammenlebens? Wir sind die Träger dieses Gedankens. Wir wollen durch unseren gewerkschaftlichen Kampf das Alte niederringen und zugleich den Boden schaffen für das Neue. Und darum mühten all die großen religiösen Meister, lebten sie heute, auf unserer Seite sein, da ihr tiefes, inniges religiöses Fühlen nur Befriedigung finden könnte in dieser größten Lat der Gegenwart, der proletarischen Weltgestaltung.

Oberschlesien, laßt Euch Eure Papiere nicht abnehmen! In diesen Tagen ist die Möglichkeit vorhanden, daß sich die Leute an Euch herandrängen werden, die es auf Eure Abstimmungspapiere abgesehen haben. Man wird sich selbst nicht scheuen, Euch bares Geld anzubieten, wenn Ihr Eure Papiere herausgibt und auf diese Weise auf Euer Recht verzichtet. Euch an der Volksabstimmung zu beteiligen. Selbstverständlich geht kein anständiger Mensch auf einen so schmachvollen Handel ein. Daneben wird man jedoch noch auf andere Weise versuchen, die Abstimmungspapiere von Oberschlesien in die Hände zu bekommen. Die stimmberechtigten Oberschlesier, die ihre Papiere schon in Ordnung haben, müssen darauf gefaßt sein, daß entweder schon in ihrem Wohnort oder auf der Reise oder gar an dem Ort, wo sie abstimmen sollen, sich allerlei gefällige Herren oder Damen an sie herandrängen, sich möglicherweise als deutschgehimnte Landsleute vorstellen und sich durch treuherzige Reden ins Vertrauen der stimmberechtigten einzuschleichen versuchen. Auf iracundische Weise werden sie dann die Rede auf die Papiere drängen, sich diese zeigen lassen und dann versuchen, diese Papiere in die Hände zu bekommen. Entweder werden sie erklären, daß die Papiere noch nicht vollständig in Ordnung seien, oder daß ein Stempel fehle, oder was dergleichen Vorwände noch mehr sind. Sie werden sich dann erlauben,

das Fehlende aus landsmännlicher Gefälligkeit zu verschaffen und dann mit den Papieren auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Solche Streiche wurden vor den Abstimmungen in Nordschleswig und in Ostpreußen versucht, und es wäre merkwürdig, wenn es bei der bevorstehenden ober-schlesischen Abstimmung nicht ebenfalls versucht würde. Oberschlesier, Ihr werdet gewarnt! Gebt keinem Unbekannten Eure Papiere in die Hand, es sei denn, daß bei der Ueberschreitung der ober-schlesischen Grenze und bei der Abstimmung Leute, die sich als dazu bestimmte Amtspersonen klar und deutlich ausweisen können, sie in berechtigter Weise abfordern!

Ueber unfaire Agitationsmethoden beim christlichen Gemeindearbeiterverband haben wir vor einiger Zeit die Öffentlichkeit unterrichtet. „Der Gemeindearbeiter“, das Organ des christlichen Verbandes, nimmt dazu in Nr. 5 das Wort. Er sagt u. a.:

„Wenn die Bormürse, die hier erhoben werden, auf Wahrheit beruhten, nehmen wir keinen Anstand, unsere eigenen Mitglieder darüber zur Rede zu stellen und sie zu einer anständigen Agitation zu ermahnen. . . Weiter wollen wir mitteilen, daß der Höchstbeitrag in unserem Verband nicht 2,80 Mk., sondern 3,80 Mk. beträgt, sofern die Kollegen den für diese Klasse entsprechenden Verdienst haben.“

Dazu wird uns geschrieben: Was die christlichen Gemeindearbeiter in Augsburg anbelangt, müssen wir annehmen, daß diese ihren Verbandsvorstand angefunkert haben. Wir stellen nochmals fest, daß der durchschnittliche Wochenlohn eines Augsburger Gemeindearbeiters über 205 Mk. beträgt und sie somit 2,80 Mk. Beitrag plus 20 Pf. Sozialzuschlag, also 3 Mk. zu leisten hätten. Es fällt ihnen aber gar nicht ein, diesen Beitrag zu zahlen, sondern sie entrichten nur 2 Mk., um auf diese Weise Mitgliedererwerb zu betreiben. Von unsern Mitgliedern darauf aufmerksam gemacht, daß das Statut des christlichen Verbandes einen Beitrag für die Augsburger Kollegen von 3 Mk. vorschreibt, erklären die christlichen Mitglieder:

„Das Statut sowie die Bekanntmachungen des Hauptvorstandes über Beitragszahlung kümmern uns nichts. Wir bezahlen den Beitrag, den wir in Augsburg selbst beschließen.“

Wir glauben nun aber mit diesen Feststellungen diese unliebsame Debatte schließen zu können, da der Raum für solche Polemiken nicht da ist.

Nationalistische Politik und Ritsch in Berlin. Der „Freiheit“ vom 9. März 1921 entnehmen wir die nachfolgende Schilderung, die wohl „kulturhistorische“ Beachtung verdient. Es gibt in Berlin eine ganze Reihe von Vergnügungsfstätten, die erstens einmal sehr minderwertige, kitschige Darbietungen veranstalten und die zweitens nach dem Geschäftsprinzip „Reaktion ist Mode“ inhaltlich nationalisticpolitischen Ritsch vortragen lassen. Leider muß festgestellt werden, daß in solchen Lokalen viel Arbeiterbevölkerung verkehrt. Eine solche Stätte ist das Casino-Theater im Norden Berlins, Lotzbringer Straße. Die Besucher dieses Theaters sind durchweg Arbeiter. Der Besuch wird ihnen durch allerdings verhältnismäßig niedrige Preise möglich gemacht. Studienhalber war ich am gestrigen Mittwoch in dem genannten Theater. In dem Spezialitätenteil trat ein Paul Rüdmann in ernstem und heiteren Vorträgen auf. Die heiteren Vorträge, die sich fast nur aus Zweideutigkeiten zusammensetzten, fanden vollen Beifall der Zuschauer. War diese Vorführung ziemlich gleichgültig, so wurde es um so schlimmer, als der Vortragende auf das Erste überging. Er erklärte, jetzt eine ernste Dichtung, beizielte: „Deutscher Michel werde hart“, vortragen zu wollen, und daß seine „Dichtung“ nicht etwa von der politischen Seite aufzufassen (1), weil er weder für rechts noch für links agitieren wolle. Es ist tatsächlich zuziel Ehre für den Schmarren, wenn man dazu Dichtung sagt; er setzte sich zusammen aus nationalisticstischen Hegeleyen, gepiekt mit den biödesten und müßtesten Lügen. Die Sache endigte dann mit der Aufforderung, „der Deutsche solle sein gutes goldenes Herz in ein solches von Eisen verwandeln und wieder hart werden und noch einmal zeigen, was er könne, denn daß er was zu leisten imstande ist, habe er während der Kriegsjahre bewiesen“. Nachdem dann die einzelnen Nationen der Reihe nach in niedriger Art mit Dred beworfen wurden, schloß er seinen Ritsch mit der Aufforderung, fest und einig zu werden und mit der Hoffnung, daß die Deutschen wieder die Besten und Vorzüglichsten in der Welt würden, wie es vor dem Kriege war. Ruhete dieser Vortrag jeden anständig empfindenden Menschen abstoßen, so war noch entseßlicher die Laftache, daß das ganze — wohlgeerntet, Arbeiterpublikum — in einen frenetischen Beifall ausbrach, der durch einen Lufch der Muff verstärkt wurde. Nach diesem „Spezialitätenteil“ wurde eine Boffe: „Der Großfürst“ gespielt, der sich dem Borangegangenen würdig anpaßte. Was ist da noch in der Arbeiterschaft an Bildungsarbeit zu leisten, wenn man sich die Laftache vor Augen hält; es handelt sich hier nur um ein typisches Beispiel eines Theaters, das in einem Arbeiterortel liegt und von Arbeiterbesuchern lebt! Von beiden Einflüssen muß sich die sozialistische Arbeiterschaft gleich fernhalten: Von der nationalisticstischen Verhekerung und von dem politischen Ritsch solcher „Vergnügungsfstätten“.

Im Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Hochschule Berlin April-Juni 1921 sind Vorlesungsreihen, Redungen und Arbeitsge-

meinschaften aus allen Gebieten von Wissenschaft, Kunst, Technik, Sport angekündigt. Besonders hingewiesen sei auf die Studienreise nach Deutsch-Oesterreich, nach Dresden und in die Mark, Führungen durch Berlin, Besichtigungen volkswirtschaftlicher, landwirtschaftlicher, technischer und elektrotechnischer Bauten und Betriebe. Sonderveranstaltungen: Sportvorträge und -vorführungen Sonntag, den 17. April, 11 1/2 Uhr, Scala. — Vorlesungen zur Einführung in das Verständnis der Kunst und Kultur des Auslandes. — Wissenschaftliche Einzelvorträge über zeitgemäße Themen. — Vorlesungsverzeichnisse und Hörerlisten in den Theaterkassen von Hermann Tieß, Kaufhaus des Westens, in Buchhandlungen, Vereinstellen. Hauptbureau C. 2, Neue Friedrichstr. 53/56, Zentrum 4690, 10—2, 1—3 Uhr. Dort Donnerstags von 4—6 Uhr nachmittags Hörerberatung. Die Kollegenschaft aus dem Gesundheitswesen dürften sich besonders für folgende Vorträge interessieren: San-Rat Dr. R. Cohn: Säuglingspflege; San-Rat Dr. P. Jacobsohn: Der Wundbau des menschlichen Körpers, Krankenpflege und Samaritanerhilfe; San-Rat Dr. E. Hirsch: Das Weib in den wichtigsten Perioden seines Lebens; Dr. Magnus Hirschfeld: Sexuelle Auffklärung; Prof. Dr. Krusius: Hygiene des täglichen Lebens; Dr. S. Gutherz: Das Problem des Alters und der Verjüngung bei Pflanze, Tier und Mensch.

Vor einem Jahr.

13. 3. 20.

Stahlbeton funkteln bleiche Tiger,
Die Hand umspielt den Degentanz.
„Jetzt sind wir wieder oben auf,
Berlin ist unser, wir sind Sieger!“
Grinsend sperren den Weg Landstrolähe,
„Kamille, die sich einst erachte,
Jetzt ist's die Faust! Auch dich, Seemann,
Über wir schicken Berlin in Rumpl!“
Da, die Sache war schon abgemacht,
Ohne Hitzeschuß eingezogen! —
Und so vergehen Tag und Nacht,
Regungslos starren die Rejanette,
Doch um sie schließt sich eine Kette
Des Widerstands — die Rechnung hat getragen.
Tiefstimmern liegt die Stadt, gedämpft,
Kein Licht erstrahlt, es rollt kein Rad,
Ist sie gebändigt, Kerbensmatt?
O wein, Berlin ist wach, es kämpft!
In nervenmarterender Todesstille
Dämmt sich gegen die Gewalt der Wille.
Und überall fühlen sie Widerstände,
Sie rennen gegen unsichtbare Wände,
Bergehoch stoßen Bajonette nach vorn,
Hilflos suchtst der stinkende Abbel. —
Unfassbar, gleich jedem Kometenbebel,
Umwandelt sie des Welt's kummer Born.
Panzerwagen rasen in blinder Wut,
Die Straße dröhnt in ihrem Getöse,
Schußfertig späht der Lauf der Mitralkasse,
Wo ist der Feind? Jetzt ist ihm an Mut?
Wo ist der Feind? Rän die unsichtbare Fod
Endlich heraus aus seinen Quartieren.
O, es kriegle Feuer auf den Feind!
Doch —, weh! Rumpl! — sie gehen spazieren,
Jede schaffende Hand erschläßt.
Aber ihr Reichthum wird suchbare Kraft,
Kraft, die keine Waffen parieren.
Das eiserne Röhrenzusammenbeßen
Des Generalstabs bricht Stahl und Eisen!
Erich Rutiner L. „Borm“.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal 1921 sind den Filialen zugegangen. Sollte die Sendung nicht eingegangen sein, dann bitten wir um sofortige Benachrichtigung.
Die Kassenerwaltung.

Eingegangene Schriften und Bücher

Engels als Denker. Von Dr. Max Adler. Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels. 80 Seiten. Preis 8 Mt. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. v. m. b. H., Berlin C. 2. — Am 28. November hat die Arbeiterkassette der ganzen Welt den 100. Geburtstag ihres großen wissenschaftlichen

Vorkämpfers Friedrich Engels gefeiert. Von allen erkannt, ist bei dieser Gelegenheit wiederum deutlich geworden, daß seine großen wissenschaftlichen Leistungen und sein praktisches Wirken in der Arbeiterbewegung überaus voll gewürdigt wird. Lange Zeit aber ist die Arbeit an den geistigen Bedeutung von Engels verkannt worden, eine Folge seiner außerordentlich großen Fröhenheit, die ihn immer hinter Wang hat zurücktreten lassen. Die Schrift von Dr. Max Adler, der sich durch seine Studien über den Marxismus in der wissenschaftlichen Welt einen geachteten Namen verschafft hat, stellt die Leistungen von Engels in das richtige Licht. Er untersucht eingehend die Eigenbedeutung Engels und seine großen Verdienste um die Ausbildung der marxistischen Lehre. Er ist deshalb gerade gegenwärtig, wo das Studium des Sozialismus angebracht ist, um die Einsicht in seine Notwendigkeit zu wachen, eine wertvolle Bereicherung der sozialistischen Literatur.

Die Kunst des Sprechens und des Vortragens. Von Demetrius Schrup. 200 S. Verlag: Rax Veffe, Berlin W. 15. Preis 14,50 Mt. Ein Buch von der Sprache als Kunst, dem man es auf jeder Seite anmerkt, daß es aus der Praxis des richtigen Sprechens hervorgegangen ist. Atmung, Atemgymnastik, Lautbildung und Sprechübungen sind Wertvolle für ein klangvolles und ausdauerndes Organ werden gelernt. Musterbeispiele von Deklamationen aus Goethe bis Ellenbogen geben und die freie Rede behandelt, deren Technik durch praktische Beispiele ergänzt ist. Der Sprecher muß für eine stehende Rede sachgemäßes Material betreiben, die Aussprache für die Hörer leicht verständlich gestalten und für die freie Rede Bünde erfahrener Sprechpädagogen beachten. Für weitere Filialbibliotheken, auch als Handbuch, ein geeignetes Werk.

filiale Berlin

Für die Mitglieder der Filiale Berlin findet am Donnerstag, den 28. März 1921, nachmittags 8 1/2 Uhr, am Sonntag, den 17. April, nachmittags 9 1/2 Uhr und am Sonntag, den 24. April, mittags 9 1/2 Uhr in der „Kommischen Oper“, Weidenbammer Straße, eine Vorstellung statt. Beipiel wird

Der Biberpelz

von Gerhart Hauptmann, in erster Fassung. Billets kosten durchweg auf allen Plätzen nur 4.— Mt., einschließlich Steuer. Garderobe 50 Pf. extra.

Die Billets sind bei der Bestellung sofort zu bezahlen. Bestellungen nehmen die Objekte und die Kollegen Hoffmann, Herß und Kettner entgegen. Die Ortsverwaltung.

Titelliste des Verbandes.

Peter Wagner, Augsburg + 18. 2. 1921, 68 Jahre alt. Karl Rarich, erlin + 18. 2. 1921, 41 Jahre alt. August Gleditsch, Berlin + 12. 2. 1921, 76 Jahre alt. Anna Hering, Berlin + 26. 2. 1921, 68 Jahre alt. Julius Graf, Berlin + 18. 2. 1921, 47 Jahre alt. Anna Kietz, Berlin + 6. 2. 1921, 39 Jahre alt. Julius Rothmann, Berlin + 18. 2. 1921, 71 Jahre alt. Paul Schmidt, Berlin + 24. 2. 1921, 50 Jahre alt. Herm. Schaberg, Berlin + 9. 2. 1921, 28 Jahre alt. August Strahl, Berlin + 8. 2. 1921, 62 Jahre alt. Hermann Wegener, Berlin + 6. 2. 1921, 56 Jahre alt. Otto Wurl, Berlin + 21. 2. 1921, 70 Jahre alt. Paul Fritzel, Charlottenb. + 19. 2. 1921, 70 Jahre alt. Frat. Seeger, Charlottenb. + 26. 2. 1921, 41 Jahre alt. H. Zedler, Charlottenburg + 13. 2. 1921, 67 Jahre alt. Herm. Günther, Dortmund + 30 Jahre alt.	Carl Gank, Dresden + 25. 2. 1921, 48 Jahre alt. Johann Gammann, Dresden + 8. 2. 1921, 46 Jahre alt. Rudolf Schreiber, Dresden + 19. 2. 1921, 64 Jahre alt. Hugo Schirmer, Dresden. + 2. 2. 1921, 70 Jahre alt. Carl Seliger, Dresden + 7. 2. 1921, 63 Jahre alt. Rudolf Zipper, Durand + 20. 2. 1921, 70 Jahre alt. Gustav Götter, Gera + 25. 2. 1921, 41 Jahre alt. Karl Sarembe, Glogau + 18. 2. 1921, 54 Jahre alt. Wilhelm Krauß, Hannover + 20. 2. 1921, 65 Jahre alt. Karl Albert, Heide + 20. 2. 1921, 60 Jahre alt. Frat. Kimmier, Heideberg + 9. 2. 1921, 42 Jahre alt. M. Schmidt, Kirchendorf + 16. 1. 1921, 72 Jahre alt. August Grünmann, Leipzig + 8. 2. 1921, 49 Jahre alt. Gustav Graf, Leipzig + 12. 2. 1921, 62 Jahre alt. Albert Held, Leipzig + 18. 2. 1921, 41 Jahre alt. Richard Kamp, Leipzig + 14. 2. 1921, 48 Jahre alt.	Gustav Schlicht, Leipzig + 14. 2. 1921, 68 Jahre alt. Gustav Richter, Lichtenberg + 17. 2. 1921, 65 Jahre alt. Carl Seiffert, Lichtenberg + 21. 2. 1921, 67 Jahre alt. Wilhelm Wolf, Rowanus + 19. 2. 1921, 64 Jahre alt. Thomas Kasper, Nürnberg + 1. 8. 1921, 68 Jahre alt. Ch. Winterstein, Nürnberg + 24. 2. 1921, 34 Jahre alt. Ludw. Elberius, Rathenow + 15. 2. 1921, 49 Jahre alt. Marie Otterwald, Schöneberg + 17. 2. 1921, 65 Jahre alt. Max Rothmann, Sommerfeld + 19. 1. 1921, 63 Jahre alt. Rudolf Kling, Stettin + 20. 2. 1921, 60 Jahre alt. Gottlieb Fleißing, Stuttgart + 27. 2. 1921, 64 Jahre alt. Gottlieb Schmidt, Teltow + 7. 2. 1921, 68 Jahre alt. Joh. Hardy, Teltow + 18. 2. 1921, 61 Jahre alt. Erm. Günther, Weidenb. + 19. 2. 1921, 71 Jahre alt. G. Kammme, Weidenb. + 13. 2. 1921, 68 Jahre alt. Joh. Hölle, Zuffenhausen + 28. 2. 1921, 70 Jahre alt.
---	--	---

Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Vorstandes der Gewerbe- und Gewerkschaften G. Kimmier, Botanikwärtiger Arbeiter G. Dittmar, sowie Maxine S.C., Maschinenbau- und K. m. b. H., Berlin C. 2. — Am 28. November hat die Arbeiterkassette der ganzen Welt den 100. Geburtstag ihres großen wissenschaftlichen